



25.11.2024

DocuSigned by:  
  
7FB64C8F33B346B...

Henry Sobieraj

Nickelhütte Aue GmbH

Nickelhütte Aue GmbH  
Aue-Bad Schlema

Jahresabschluss zum 30. Juni 2024  
Lagebericht für das Geschäftsjahr  
2023/2024

Bestätigungsvermerk des  
unabhängigen Abschlussprüfers



Nickelhütte Aue GmbH  
Aue-Bad Schlema

Jahresabschluss zum 30. Juni 2024  
Lagebericht für das Geschäftsjahr  
2023/2024

Bestätigungsvermerk des  
unabhängigen Abschlussprüfers

PKF Fasselt Partnerschaft mbB  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft Rechtsanwälte  
Schifferstraße 210 - 47059 Duisburg  
Tel. +49 203 30001-0

Rechtsform: PartG mbB - Sitz: Berlin  
Registergericht: Amtsgericht Charlottenburg  
PR Nr. 645 B - Registriert beim PCAOB



## **Inhalt**

Bilanz zum 30. Juni 2024

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr  
vom 1. Juli 2023 bis 30. Juni 2024

Anhang der Nickelhütte Aue GmbH, Aue-Bad Schlema,  
für das Geschäftsjahr 2023/2024

Lagebericht der Nickelhütte Aue GmbH, Aue-Bad Schlema,  
für das Geschäftsjahr 2023/2024

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

Allgemeine Auftragsbedingungen  
für Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer  
und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2024  
des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V.

sowie

Besondere Auftragsbedingungen  
PKF Fasselt Partnerschaft mbB  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft  
Rechtsanwälte vom 1. Januar 2024

**Nickelhütte Aue GmbH**

Aue-Bad Schlema

(Amtsgericht Chemnitz / HRB 143)

**Bilanz zum 30. Juni 2024**

<b>Aktivseite</b>			<b>Passivseite</b>		
	EUR	Vorjahr EUR		EUR	Vorjahr EUR
<b>A. Anlagevermögen</b>			<b>A. Eigenkapital</b>		
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>			I. Stammkapital	1.176.000,00	1.176.000,00
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	335.125,24	299.052,67	II. Kapitalrücklage	27.176,00	27.176,00
	335.125,24	299.052,67	III. Gewinnrücklagen	862.410,02	862.410,02
			IV. Gewinnvortrag	150.548.609,20	136.790.464,76
			V. Jahresüberschuss	9.744.385,61	13.758.144,44
				<b>162.358.580,83</b>	<b>152.614.195,22</b>
<b>II. Sachanlagen</b>					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	13.401.114,36	13.912.838,94			
2. Technische Anlagen und Maschinen	8.427.343,85	9.624.697,11			
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	9.600.956,29	10.014.811,31			
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	8.865.784,38	5.981.148,68			
	40.295.198,88	39.533.496,04			
<b>III. Finanzanlagen</b>			<b>B. Sonderposten für Investitionszuschüsse</b>		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	1,00	1,00			
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	1,00	50.001,00			
3. Geschäftsguthaben bei Genossenschaften	2.000,00	2.000,00			
	2.002,00	52.002,00			
	<b>40.632.326,12</b>	<b>39.884.550,71</b>			
<b>B. Umlaufvermögen</b>			<b>C. Rückstellungen</b>		
<b>I. Vorräte</b>			1. Steuerrückstellungen	2.655.000,00	936.000,00
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	55.948.823,36	71.060.636,07	2. Sonstige Rückstellungen	10.435.833,58	12.978.273,05
2. Unfertige Erzeugnisse	4.975.777,32	6.414.635,54			
3. Fertige Erzeugnisse und Waren	18.836.510,61	20.049.238,05			
4. Geleistete Anzahlungen	802.351,67	1.165.324,57			
	80.563.462,96	98.689.834,23			
<b>II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</b>			<b>D. Verbindlichkeiten</b>		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	26.297.105,66	28.459.106,44	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00	1.756.468,04
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	54.008,46	25.670,08	2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	188.124,08	331.202,77
3. Forderungen gegen Gesellschafter	22.257.153,49	11.390.826,20	3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	9.911.790,26	10.684.819,68
4. Sonstige Vermögensgegenstände	6.007.996,28	2.832.298,25	4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0,00	17.388,33
	54.616.263,89	42.707.900,97	5. Sonstige Verbindlichkeiten	1.512.069,36	4.387.761,02
<b>III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten</b>					
	11.191.907,99	2.386.610,43			
	<b>146.371.634,84</b>	<b>143.784.345,63</b>			
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>					
	<b>272.928,46</b>	<b>270.032,84</b>			
	<b>187.276.889,42</b>	<b>183.938.929,18</b>			

**Nickelhütte Aue GmbH**

Aue-Bad Schlema

**Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Juli 2023 bis 30. Juni 2024**

	EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse	221.207.337,97	273.236.363,75
2. Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-2.651.585,66	-1.433.442,76
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	349.358,85	337.421,25
4. Sonstige betriebliche Erträge	967.227,81	1.388.248,51
5. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-157.083.429,02	-193.495.915,97
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-2.215.161,01	-2.212.988,44
	<u>-159.298.590,03</u>	<u>-195.708.904,41</u>
6. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-24.882.076,33	-25.240.602,84
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung 102.111,19 EUR (Vorjahr 97.266,64 EUR)	-5.209.693,10	-4.857.937,48
	<u>-30.091.769,43</u>	<u>-30.098.540,32</u>
7. Abschreibungen		
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-5.220.125,58	-5.802.183,05
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>-17.294.701,48</u>	<u>-22.479.013,71</u>
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon aus verbundenen Unternehmen 809.052,90 EUR (Vorjahr 19.388,89 EUR)	987.354,73	156.117,63
10. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	-100.000,00	0,00
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-102.049,60	-64.218,55
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.110.761,50	-5.651.995,67
<b>13. Ergebnis nach Steuern</b>	<b>9.863.219,08</b>	<b>13.879.852,67</b>
14. Sonstige Steuern	-118.833,47	-121.708,23
<b>15. Jahresüberschuss</b>	<b>9.744.385,61</b>	<b>13.758.144,44</b>

**Anhang der Nickelhütte Aue GmbH, Aue-Bad Schlema,  
für das Geschäftsjahr 2023/2024**

**A. Angaben zur Identifikation der Gesellschaft laut Registergericht**

Firmenname: Nickelhütte Aue GmbH  
Sitz: Aue-Bad Schlema  
Registergericht: Amtsgericht Chemnitz  
Registernummer: HRB 143

**B. Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss**

Die Gesellschaft ist nach den Größenmerkmalen gemäß § 267 Abs. 3 HGB eine große Kapitalgesellschaft.

Der Anhang ist nach den Vorschriften der §§ 284 ff. HGB aufgestellt.

Der Jahresabschluss wurde gemäß §§ 242 ff. und 264 ff. HGB sowie den einschlägigen Vorschriften des GmbHG aufgestellt.

**C. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden**

Bei der Bilanzierung und Bewertung sind die Vorschriften des HGB für große Kapitalgesellschaften angewandt worden.

Darstellung, Gliederung, Ansatz und Bewertung des Jahresabschlusses entsprechen den Vorjahresgrundsätzen.

Die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt nach dem Gesamtkostenverfahren.

Die angewandten Bilanzierungs-, Bewertungs- und Abschreibungsmethoden berücksichtigen alle erkennbaren Risiken; sie sind im Einzelnen bei der Erläuterung der Bilanzposten dargestellt.

Die **immateriellen Vermögensgegenstände** werden, soweit entgeltlich erworben, zu Anschaffungskosten aktiviert und überwiegend über längstens drei Jahre abgeschrieben.

Das **Sachanlagevermögen** ist zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten - vermindert um planmäßige, nutzungsbedingte Abschreibungen - bewertet. Fabrik, Geschäfts- und Wohngebäude werden über längstens 40 Jahre, technische Anlagen und Maschinen über längstens 20 Jahre, andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung überwiegend über fünf Jahre abgeschrieben. Das Sachanlagevermögen wird linear abgeschrieben.

Außerplanmäßige Abschreibungen auf die immateriellen Vermögensgegenstände sowie Sachanlagevermögen werden vorgenommen, soweit der Ansatz mit einem niedrigeren Wert erforderlich ist.

Öffentliche Investitionszuschüsse sind nicht von den Anschaffungs-/Herstellungskosten abgesetzt, sondern als Sonderposten für Zuwendungen/Investitionszuschüsse ausgewiesen, die über die Nutzungsdauer der geförderten Wirtschaftsgüter aufgelöst werden.

Die **Anteile sowie Ausleihungen an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen** sind zu Anschaffungskosten oder zu niedrigeren beizulegenden Werten bewertet.

Die **Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe** sind zu Einstandspreisen bzw. niedrigeren Wiederbeschaffungskosten am Abschlussstichtag bewertet. Bei den metallischen Rohstoffen wurde zur Bewertung das Verbrauchsfolgeverfahren (Perioden Lifo) angewendet.

Die Herstellungskosten der **fertigen und unfertigen Erzeugnisse** wurden unter Berücksichtigung des Fertigungsgrades durch Zuschläge zu den Materialeinzelkosten ermittelt. Die Zuschläge umfassen Fertigungslöhne, Material- und Fertigungsgemeinkosten sowie den Werteverzehr des Anlagevermögens in der Fertigung. Einzelrisiken wurde bei der Bewertung Rechnung getragen.

**Geleistete Anzahlungen** auf Vorräte werden zu Anschaffungskosten oder zum niedrigeren beizulegenden Wert bewertet.

Die **Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände** sind grundsätzlich zu Nominalwerten angesetzt, wobei auf Lieferforderungen neben notwendigen Einzelwertberichtigungen eine Pauschalwertberichtigung vorgenommen wurde. Fremdwährungsforderungen sind zum Devisenkassamittelkurs bewertet.

Die **Kassenbestände und Guthaben bei Kreditinstituten** werden zum Nominalwert erfasst.

Die **Rückstellungen** berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen auf der Grundlage einer vorsichtigen kaufmännischen Beurteilung mit dem notwendigen Erfüllungsbetrag. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden nach der RückAbzinsV entsprechend abgezinst.

Die **Verbindlichkeiten** sind mit den jeweiligen Erfüllungsbeträgen passiviert.

**Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten** mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr werden zum Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag umgerechnet. Bei Wechselkursänderungen bis zum Bilanzstichtag erfolgt die Bewertung grundsätzlich zum Wechselkurs des Bilanzstichtags, unter Beachtung des Niederstwertprinzips auf der Aktiv- und des Höchstwertprinzips auf der Passivseite.

**Latente Steuern** werden insbesondere für zeitliche Unterschiede zwischen handelsrechtlichen und steuerrechtlichen Wertansätzen von sonstigen Rückstellungen ermittelt. Eine sich insgesamt ergebende Steuerbelastung würde in der Bilanz als passive latente Steuern angesetzt werden. Zum 30. Juni 2024 ergab sich ein Überhang an aktiven latenten Steuern.

Dieser wurde in Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht aktiviert.

**Aufwendungen und Erträge** werden auf das Geschäftsjahr abgegrenzt.

## **D. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung**

### **I. Bilanz**

#### **1. Anlagevermögen**

Die gesondert dargestellte Entwicklung der Anschaffungs- oder Herstellungskosten sowie der Wertberichtigungen aller Positionen des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2023/2024 sind integraler Bestandteil des Anhangs.

#### **2. Vorräte**

Das bei der Vorratsbewertung angewendete LIFO Verbrauchsfolgeverfahren gemäß § 256 HGB führte zu einem Bewertungsunterschied zu Marktpreisen in Höhe von 111 TEUR (i. V. 232 TEUR).

#### **3. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände**

Es bestehen Forderungen gegen die Gesellschafterin Siegfried Jacob Metallwerke GmbH & Co. KG, Ennepetal, in Gesamthöhe von 22.257 TEUR (i. V. 11.391 TEUR). Diese resultieren in Höhe von 4.257 TEUR (i. V. 1.338 TEUR) aus Lieferungen und Leistungen sowie in Höhe von 18.000 TEUR (i. V. 10.053 TEUR) aus einem gewährten Darlehen.

Gegen die verbundenen Unternehmen GMB Deutsche Magnetwerke GmbH bestehen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 53 TEUR (i. V. 21 TEUR) und gegen die Jacomij Metalen B.V. in Höhe von 1 TEUR (i. V. 5 TEUR).

Alle Forderungen haben eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr.

#### **4. Sonderposten für Investitionszuschüsse**

Der Ausweis betrifft einerseits einen Investitionszuschuss der Sächsischen Aufbaubank, Dresden, der im Rahmen eines regionalen Förderprogramms des Freistaates Sachsen mit ursprünglich 12,9 Mio. EUR im Jahr 1996 gemäß § 247 Abs. 3 i. V. m. § 273 HGB gebildet wurde.

Andererseits wurde nach den Hochwasserschäden vom August 2002 ein Zuschuss zur Wiederbeschaffung von Sachanlagegütern gewährt. Für sämtliche im Rahmen der Ersatzmaßnahmen angeschafften Wirtschaftsgüter wurde ein Sonderposten in Höhe von 50 % der Anschaffungskosten gebildet.

Die Auflösung erfolgt jährlich entsprechend der in Anspruch genommenen Abschreibungen der geförderten Anlagegüter: Investitionszuschuss 1 TEUR, Hochwasserzuschuss 16 TEUR.

## 5. Rückstellungen

Die **Steuerrückstellungen** in Höhe von 2.655 TEUR betreffen Gewerbesteuer (1.360 TEUR), Körperschaftsteuer (1.229 TEUR) sowie Solidaritätszuschlag (66 TEUR).

Die sonstigen Rückstellungen enthalten im Wesentlichen Beträge für Altlastensanierung i. H. v. 1.360 TEUR (i. V. 1.362 TEUR), für ausstehende Rechnungen i. H. v. 2.477 TEUR (i. V. 4.693 TEUR), für Abwasserbeiträge i. H. v. 475 TEUR (i. V. 475 TEUR), für die Aufbereitung von Recyclingrohstoffen i. H. v. 1.774 TEUR (i. V. 2.248 TEUR), für Drohverluste aus Warentermingeschäften i. H. v. 171 TEUR (i. V. 6 TEUR), für unterlassene Instandhaltung i. H. v. 700 TEUR (i. V. 700 TEUR), für den Personalbereich (ausstehender Urlaub, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld, Jubiläum, Tantiemen und Personalabgaben) i. H. v. 3.161 TEUR (i. V. 3.244 TEUR), für Berufsgenossenschaftsbeiträge i. H. v. 94 TEUR (i. V. 75 TEUR) sowie Übrige i. H. v. 224 TEUR (i. V. 176 TEUR).

## 6. Verbindlichkeiten

Bei den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen bestehen branchenübliche Eigentumsvorbehalte.

Es bestehen keine Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen aus Lieferungen und Leistungen (i. V. 17 TEUR).

Es bestehen keine Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin Siegfried Jacob Metallwerke GmbH & Co. KG, Ennepetal.

Die sonstigen Verbindlichkeiten enthalten Verbindlichkeiten aus Steuern in Höhe von 405 TEUR (i. V. 2.393 TEUR) sowie Verbindlichkeiten im Rahmen der sozialen Sicherheit in Höhe von 0 TEUR (i. V. 130 TEUR).

Alle Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

## II. Gewinn- und Verlustrechnung

### 1. Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse verteilen sich auf folgende Erzeugnisse und Märkte:

	2023/2024			2022/2023		
	Inland	Ausland	Gesamt	Inland	Ausland	Gesamt
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Produktion	51.137	58.197	109.334	55.741	75.565	131.306
Metallwirtschaft	72.819	25.719	98.538	90.248	32.871	123.119
Übrige	10.926	2.530	13.456	16.804	2.232	19.036
	134.882	86.446	221.328	162.793	110.668	273.461
Erlösschmälerungen	-93	-28	-121	-188	-37	-225
	134.789	86.418	221.207	162.605	110.631	273.236

### 2. Andere aktivierte Eigenleistungen

Die Position beinhaltet die bewertete Arbeitszeit der eigenen Handwerker zur Erstellung von im Sachanlagevermögen ausgewiesenen Maschinen und technischen Anlagen.

### 3. Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse in Höhe von 17 TEUR.

Erträge aus Kursdifferenzen bestehen in Höhe von 71 TEUR (i. V. 947 TEUR).

Periodenfremde Erträge bestehen in Höhe von 233 TEUR (i.V. 108 TEUR), die im Wesentlichen aus Erträgen von Anlagenverkäufen in Höhe von 196 TEUR (i. V. 86 TEUR) sowie aus Versicherungserstattungen in Höhe von 30 TEUR (i. V. 11 TEUR) resultieren.

#### **4. Abschreibungen**

Im Geschäftsjahr 2023/2024 erfolgten planmäßige Abschreibungen in Höhe von insgesamt 5.220 TEUR.

#### **5. Sonstige betriebliche Aufwendungen**

Wesentliche periodenfremde Aufwendungen ergaben sich im Berichtszeitraum in Höhe von 135 TEUR (i. V. 74 TEUR). Diese resultieren aus der Zuführung von Wertberichtigungen in Höhe von 30 TEUR (i. V. 67 TEUR), aus Forderungsverlusten in Höhe von 25 TEUR (i. V. 7 TEUR) und Aufwendungen, die sich aus der letzten Betriebsprüfung ergeben haben, in Höhe von 80 TEUR.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten Aufwendungen aus der Währungsumrechnung in Höhe von 41 TEUR (i. V. 407 TEUR).

#### **6. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag**

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag beinhalten im Wesentlichen Aufwendungen für Gewerbesteuer (1.207 TEUR), Körperschaftsteuer (1.343 TEUR) sowie Solidaritätszuschlag (73 TEUR) des Geschäftsjahres 2023/2024 und Erstattungen für das Geschäftsjahr 2022/2023 in Höhe von 3.734 TEUR.

#### **E. Sonstige Angaben**

##### **1. Beschäftigte**

Die durchschnittliche Beschäftigtenzahl betrug:

	2023/2024	2022/2023
	Anzahl	Anzahl
Angestellte	140	134
Arbeiter	328	331
	468	465

**2. Angaben zu derivativen Finanzinstrumenten, Haftungsverhältnissen und sonstigen finanziellen Verpflichtungen**

**Haftungsverhältnisse**

Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten bestanden zum Bilanzstichtag in folgender Höhe:

Haftung für verbundene Unternehmen:

Art der Besicherung	Wert der Sicherheit TEUR	Besicherter Betrag TEUR
Mithaft	23.684	23.684

Aufgrund der wirtschaftlichen Situation und der Zukunftsaussichten der Muttergesellschaft Siegfried Jacob Metallwerke GmbH & Co. KG ist gegenwärtig mit einer Inanspruchnahme nicht zu rechnen.

Als **derivative Finanzierungsinstrumente** werden Waren- sowie Devisentermingeschäfte zur Steuerung des Währungs- und Börsenpreisrisikos eingesetzt.

Zum Bilanzstichtag bestanden folgende derivative Finanzpositionen:

	Nominalbetrag 30.06.2024 TEUR	Marktwert 30.06.2024 TEUR	Bilanzposition
Warentermingeschäfte Verkauf	14.632	+743 171	Rückstellungen

Sonstige finanzielle Verpflichtungen aus Leasingverträgen bestehen in Höhe von 1.112 TEUR.

### 3. Anteilsbesitz

Der gemäß § 285 Nr. 11 HGB angabepflichtige Anteilsbesitz der Gesellschaft ergibt sich aus der nachstehenden Übersicht:

	Gezeichnetes Kapital EUR	Besitz- anteil EUR	Anteils- besitz v. H.		Eigenkapital 30.06.2024 EUR	Beteiligungs- buchwert EUR	Ergebnis 2024 EUR
Anteil am verbundenen Unternehmen: GMB GmbH	25.000,00	25.000,00	100,0	21.03.2016	0,00	1,00	-68.958,03

### 4. Geschäftsführung

- Herr Henry Sobieraj, Diplom Wirtschaftsingenieur (FH), Aue-Bad Schlema

Auf die Angabe der Bezüge des Geschäftsführers wird mit Hinweis auf § 285 Nr. 9a i. V. m. § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Mit Wirkung zum 1. Dezember 2002 wurde dem Geschäftsführer ein Darlehen in Höhe von 100 TEUR gewährt. Zum Bilanzstichtag besteht ein Restsaldo in Höhe von 0 TEUR, da das Darlehen am 7. Dezember 2023 vollständig zurückgezahlt wurde und damit erloschen ist. Bis dahin wurde es mit einem marktüblichen Jahreszins in Höhe von zuletzt 5,25 % verzinst.

### 5. Angabe gemäß § 285 Nr. 17 HGB

Das Honorar für Leistungen des Abschlussprüfers beträgt für die Prüfung des Jahresabschlusses 31 TEUR.

### 6. Angabe gemäß § 285 Nr. 14 HGB

Die Gesellschaft wird in den Konzernabschluss der Muttergesellschaft Siegfried Jacob Metallwerke GmbH & Co. KG, Ennepetal, die diesen für den größten und kleinsten Kreis von Unternehmen aufstellt, einbezogen. Der Konzernabschluss der Siegfried Jacob Metallwerke GmbH & Co. KG wird im elektronischen Bundesanzeiger offengelegt.

## **7. Ergebnisverwendungsvorschlag**

Der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2023/2024 in Höhe von 9.744.385,61 EUR soll auf dem Gewinnvortragskonto gutgeschrieben werden. Nach Gutschrift ergibt sich dann ein Gewinnvortrag in Höhe von 160.292.994,81 EUR.

## **8. Nachtragsbericht**

Die Risiken aus dem Russland-Ukraine-Konflikt, die sich negativ auf die Geschäftsentwicklung der Gesellschaft auswirken können, werden fortlaufend überwacht. Die wesentliche wirtschaftliche Folge des Russland-Ukraine-Konflikts für die Gesellschaft sowie die gesamte Metallrecycling-Branche sind stark gestiegene Energiepreise, insbesondere bei Erdgas, aber auch bei Elektroenergie und Erdöl-Produkten. Des Weiteren haben sich damit auch Beschaffungsrisiken vergrößert, sodass die zur Produktion benötigten Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe nicht oder nicht in ausreichendem Maß in der erforderlichen Qualität und Quantität zur Verfügung stehen oder nicht reibungslos beschafft werden können. Mögliche negative Auswirkungen auf die geschäftliche Entwicklung werden eng beobachtet, können jedoch derzeit noch nicht abschließend bewertet werden.

Aue-Bad Schlema, 28. Oktober 2024

Henry Sobieraj  
(Geschäftsführer)

Nickelhütte Aue GmbH  
Aue-Bad Schlema

## Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2023/2024

	Anschaffungs- / Herstellungskosten					Abschreibungen				Bilanzwerte	
	Wert 01.07.2023 EUR	Zugang EUR	Abgang EUR	Umbuchung EUR	Wert 30.06.2024 EUR	Wert 01.07.2023 EUR	Zugang EUR	Abgang EUR	Wert 30.06.2024 EUR	30.06.2024 EUR	30.06.2023 EUR
	1. Immaterielle Vermögensgegenstände										
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizzenzen an solchen Rechten und Werten	1.041.380,19	58.230,00	0,00	93.189,44	1.192.799,63	742.327,52	115.346,87	0,00	857.674,39	335.125,24	299.052,67
2. Geleistete Anzahlungen	0,00	93.189,44	0,00	-93.189,44	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	1.041.380,19	151.419,44	0,00	0,00	1.192.799,63	742.327,52	115.346,87	0,00	857.674,39	335.125,24	299.052,67
<b>II. Sachanlagen</b>											
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	30.895.546,42	68.400,73	106.830,08	222.152,52	31.079.269,59	16.982.707,48	722.587,43	27.139,68	17.678.155,23	13.401.114,36	13.912.838,94
2. Technische Anlagen und Maschinen	66.034.051,79	0,00	406.469,29	474.507,76	66.102.090,26	56.409.354,68	1.671.859,00	406.467,27	57.674.746,41	8.427.343,85	9.624.697,11
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	30.797.667,27	1.963.109,19	585.212,93	360.053,46	32.535.616,99	20.782.855,96	2.710.332,28	558.527,54	22.934.660,70	9.600.956,29	10.014.811,31
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	5.981.148,68	3.964.689,44	23.340,00	-1.056.713,74	8.865.784,38	0,00	0,00	0,00	0,00	8.865.784,38	5.981.148,68
	133.708.414,16	5.996.199,36	1.121.852,30	0,00	138.582.761,22	94.174.918,12	5.104.778,71	992.134,49	98.287.562,34	40.295.198,88	39.533.496,04
<b>III. Finanzanlagen</b>											
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	533.285,00	0,00	0,00	0,00	533.285,00	533.284,00	0,00	0,00	533.284,00	1,00	1,00
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	670.001,00	50.000,00	20.000,00	0,00	700.001,00	620.000,00	100.000,00	20.000,00	700.000,00	1,00	50.001,00
3. Geschäftsguthaben bei Genossenschaften	2.000,00	0,00	0,00	0,00	2.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2.000,00	2.000,00
	1.205.286,00	50.000,00	20.000,00	0,00	1.235.286,00	1.153.284,00	100.000,00	20.000,00	1.233.284,00	2.002,00	52.002,00
	<b>135.955.080,35</b>	<b>6.197.618,80</b>	<b>1.141.852,30</b>	<b>0,00</b>	<b>141.010.846,85</b>	<b>96.070.529,64</b>	<b>5.320.125,58</b>	<b>1.012.134,49</b>	<b>100.378.520,73</b>	<b>40.632.326,12</b>	<b>39.884.550,71</b>

**Lagebericht der Nickelhütte Aue GmbH, Aue-Bad Schlema,  
für das Geschäftsjahr 2023/2024**

**A. Geschäftsverlauf**

Aufgrund der vielfältigen Produktionsfelder der Nickelhütte Aue GmbH (kurz: NHA), die sich von der Herstellung von NE-Metallen, Legierungen und Salzen über das Recycling verschiedenster metallhaltiger Materialien bis hin zur Erzeugung und dem Vertrieb von Energie in diversen Formen erstrecken, ist eine Zuordnung des Gesamtunternehmens zu einer einzelnen Branche nicht ohne Weiteres möglich. Das Unternehmen gehört der verarbeitenden Industrie an, schwerpunktmäßig rechnen wir uns der Nichteisen-Metallindustrie zu.

Trotz deutlich schwierigerer wirtschaftlicher Rahmenbedingungen im Vergleich zu den Vorjahren kann die Nickelhütte Aue GmbH auch im Geschäftsjahr 2023/24 auf ein insgesamt erfolgreiches Jahr zurückblicken. Der erreichte Jahresüberschuss von 9,7 M€ ist erfreulich, insbesondere angesichts der besonderen Herausforderungen, denen sich das Unternehmen stellen musste und wohl weiterhin wird stellen müssen.

Vor allem in der ersten Geschäftsjahreshälfte kam es zum Börsenpreisverfall einiger für das Unternehmen relevanter Nichteisenmetalle (Nickel, Vanadium, Kobalt), was auch die Verkaufspreise unserer Produkte fallen ließ und in verschiedenen Produktsegmenten die erreichbaren Margen schmälerte.

Des Weiteren befindet sich Deutschland derzeit in einer Wirtschaftskrise, welche inzwischen weite Teile der Industrie erfasst hat und deren Auswirkungen auch für die NHA zunehmend spürbar werden. Zwar kann die Nachfrage nach den Produkten und Recyclingdienstleistungen unseres Unternehmens im Berichtsjahr als insgesamt befriedigend eingeschätzt werden, bei manchen Produkten ist sie sogar noch als sehr gut zu bezeichnen, allerdings haben sich in einigen Geschäftsbereichen die bereits seit dem Vorjahr bestehenden Absatzprobleme noch verschärft, insbesondere bei bestimmten Chemikalien unseres Sortiments. Wichtige Kunden, darunter auch große Konzerne, haben ihre Produktion für bestimmte Waren reduziert, teilweise sogar stillgelegt oder in das Ausland verlagert und fragen nun bestimmte Produkte auch bei uns deutlich seltener und /oder in geringeren Mengen nach.

Auch bei der Verfügbarkeit von Rohstoffen und industriellen Reststoffressourcen macht sich die Wirtschaftskrise mittlerweile bemerkbar, sodass der Zulauf in manchen Bereichen nicht mehr so kontinuierlich und kalkulierbar war wie in den Vorjahren. Bei der Verfügbarkeit von Hilfs- und

Betriebsstoffen und bei Bau- und Installationsmaterialien hingegen setzte sich der positive Trend des Vorjahres weiter fort, wenngleich sich die Lage bei einigen Waren immer noch nicht komplett entspannt hat.

Die bereits im Vorjahr ausgelaufene Covid19-Pandemie hatte keine Auswirkungen mehr auf den Geschäftsbetrieb.

## **B. Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft**

### **1. Ertragslage**

Trotz der oben genannten Herausforderungen hat sich die Nickelhütte Aue GmbH auch im Geschäftsjahr 2023/24 positiv weiterentwickelt, erfolgreich am Markt behauptet und ihre Marktposition insgesamt weiter gefestigt.

Die Umsatzerlöse sanken mit 221,2 M€ relativ deutlich unter den Wert des Vorjahres von 273,2 M€ (-19,0 %), was vor allem auf das bereits erwähnte sinkende Preisniveau der für das Unternehmen relevanten Nichteisen-Metalle zurückzuführen ist.

Innerhalb unserer Produktionsbereiche hat der Bereich Metallmanagement und -bewirtschaftung mit mechanischer Be- und Verarbeitung mit 98,6 M€ weiterhin den größten Umsatzanteil, die Umsatzerlöse lagen aber deutlich unter dem Vorjahresniveau (123,1 M€). Neben der Metallpreisentwicklung hat hierzu auch ein konjunkturell bedingter Rückgang der mengenmäßigen Absätze um ca. 10 % beigetragen. Auch in fast allen anderen Unternehmensbereichen mussten sinkende Umsatzerlöse verzeichnet werden. Umsatzsteigerungen konnten nur in den Abteilungen Traforecycling (+32 %) und Legierungsschmelze (+5,7 %), aufgrund teils deutlich gestiegener Verkaufsmengen erzielt werden.

Im chemisch-metallurgischen Bereich war die Röstanlage weiterhin die umsatzstärkste Abteilung. Obwohl die Verkaufsmenge um 10 % gestiegen ist, verringerte sich ihr Umsatz gegenüber dem Vorjahr jedoch um 17,2 % auf 39,3 M€ (Vorjahr 47,5 M€). Die Umsatzerlöse des Schmelzbetriebes fielen sogar um 28 % (-5,3 M€) auf 13,8 M€ bei ungefähr gleichbleibenden Absatzmengen. Auch die chemischen Abteilungen mussten fast ausnahmslos Umsatzrückgänge ausweisen.

Mit der Verminderung des Gesamtumsatzes des Unternehmens im Geschäftsjahr 2023/24 sank auch die Gesamtleistung von 272,1 M€ auf 218,9 M€ und betrug damit 19,6% weniger als im

Vorjahr (272,1 M€). Die Bestände an fertigen und unfertigen Erzeugnissen verringerten sich um 2,7 M€.

Der Rohertrag lag mit 60,6 M€ deutlich unter dem Vorjahresniveau (77,8 M€). Die Rohertragsquote verminderte sich leicht von 28,6 % auf 27,7 %. Dies liegt im Wesentlichen an den Aufwendungen für Rohstoffe, da das eingesetzte Grundmaterial gegenüber der sinkenden Börsenpreisentwicklung noch verhältnismäßig hohe Anschaffungskosten hatte.

Bei den Aufwendungen für Betriebsstoffe zeigte sich hingegen eine Entspannung. Insbesondere der Aufwand für Erdgas verringerte sich gegenüber dem Vorjahr deutlich, als der Erdgaspreis ein Allzeithoch erreicht hatte. Neben der inzwischen wieder erfolgten Verbilligung des Erdgases sind auch getroffene Maßnahmen zur Verbrauchsreduzierung für den Aufwandsrückgang ursächlich. Erdgas ist für unser Unternehmen der Hauptenergieträger und wird als Brennstoff für pyrometallurgische Produktionsprozesse und zur Eigenerzeugung von Elektroenergie verwendet.

Für Betriebsstoffe mussten im Berichtsjahr 8,6 M€ aufgewendet werden, was einer Verminderung gegenüber dem Vorjahr (16,1 M€) um 45 % entspricht.

Trotz der Reduzierung der Erdgaspreise lagen die Energiekosten des Unternehmens auch zum Ende des Berichtsjahres noch deutlich über dem langjährigen Niveau, mit einer weiteren Reduzierung kann kaum gerechnet werden. Insgesamt ist Energie am Produktionsstandort Deutschland deutlich teurer als in den meisten europäischen Ländern und erst recht im außereuropäischen Vergleich.

Die Aufwendungen für Hilfsstoffe sanken ebenfalls, hier betrug der Aufwand 3,1 M€, im Vorjahr waren es noch 4,9 M€.

Der Personalaufwand blieb im Vergleich zum Vorjahr unverändert bei 30,1 M€, bei einer insgesamt ebenfalls stabilen Beschäftigtenzahl.

Die Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände verminderten sich von 5,8 M€ im Vorjahr auf 5,2 M€.

Im Rahmen der kaufmännischen Vorsicht wurden zudem Abschreibungen auf Finanzanlagen vorgenommen zur Wertberichtigung von an die Tochtergesellschaft GMB Deutsche Magnetwerke ausgegebenen Darlehensmitteln in Höhe von 100 T€.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen des Unternehmens reduzierten sich gegenüber dem Vorjahr ebenfalls und beliefen sich auf 17,3 M€ gegenüber 22,5 M€ im Vorjahr. Zu dieser Entwicklung trugen insbesondere die um 3,5 M€ gesunkenen Reparatur- und Instandhaltungskosten bei, ferner auch niedrigere Frachtkosten und sonstige Aufwendungen.

Das Jahresergebnis vor Steuern beläuft sich auf 8,8 M€, was gegenüber dem Vorjahr (19,5 M€) einer Verringerung um rd. 55 % entspricht.

Aufgrund von Steuererträgen resultierend aus der steuerlichen Geltendmachung von Forderungsverlusten bei der EFS Erzgebirgische Fluss- und Schwerspatwerke GmbH (EFS) in Höhe von 3,7 M€ weist die Position Steuern vom Einkommen und Ertrag einen positiven Saldo aus. Die Forderungsverluste sind entstanden in der Zeit, als die Nickelhütte Aue noch Gesellschafter der EFS war, und wurden seinerzeit handelsbilanziell bereits wertberichtet.

Der Jahresüberschuss des Unternehmens von 9,7 M€ liegt damit über dem Ergebnis vor Steuern. Im Vorjahr betrug der Jahresüberschuss 13,8 M€.

Trotz des genannten steuerlichen Sondereffektes, welcher im Berichtsjahr den Jahresüberschuss positiv beeinflusst hat, sehen wir das Jahresergebnis weiterhin als zur Beurteilung der Geschäftsentwicklung geeigneten Leistungsindikator an.

Vor einem Jahr sind wir für das nunmehr abgelaufene Geschäftsjahr noch vom Erreichen eines Jahresüberschusses von 5-7 M€ ausgegangen, diese Erwartungen wurden insgesamt erfüllt.

Unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, insbesondere auch der derzeitigen konjunkturellen Schwierigkeiten, sind wir mit der Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Geschäftsjahr 2023/24 zufrieden.

## **2. Finanzlage**

Das gute Jahresergebnis und eine bilanzielle Eigenkapitalquote von über 80 % erlauben eine weitgehende finanzielle Unabhängigkeit der Gesellschaft und einen hohen Grad der Selbstfinanzierung.

So konnten die in Sachanlagen und immaterielle Wirtschaftsgüter vorgenommenen Investitionen in Höhe von 6,1 M€ vollständig ohne Inanspruchnahme fremder Mittel finanziert werden. Die Investitionen verliefen planmäßig und waren notwendig, um den weiteren erfolgreichen Geschäftsverlauf zu gewährleisten.

Finanzierungskosten spielten daher auch im aktuellen Geschäftsjahr nur eine untergeordnete Rolle, da das Unternehmen bestehende Kontokorrentkreditlinien nur temporär und in geringer Höhe in Anspruch nahm und zum Bilanzstichtag keine Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ausweist.

Der positive Cashflow führte im Jahresverlauf zu einer deutlichen Erhöhung der liquiden Mittel des Unternehmens.

Die ausgewiesenen Zinserträge resultieren im Wesentlichen aus ausgereichten Darlehen gegenüber dem Mutterunternehmen Siegfried Jacob Metallwerke GmbH & Co. KG und dem Tochterunternehmen GMB Deutsche Magnetwerke GmbH.

Der Jahresüberschuss liegt bei den oben bereits erwähnten 9,7 M€ und damit ungefähr auf dem langjährigen Durchschnittsniveau. Die herausragenden Ergebnisse der vorhergegangenen drei Geschäftsjahre konnten unter den gegebenen Voraussetzungen indes nicht erreicht werden.

Die geordnete Finanzlage ermöglicht es der Gesellschaft jederzeit, die Zahlungsverpflichtungen fristgerecht zu erfüllen.

### **3. Vermögenslage**

Die Bilanzsumme ist im Berichtsjahr leicht von 183,9 M€ auf 187,3 M€ gestiegen.

Dieser Anstieg basiert auf der Aktivseite im Wesentlichen auf der Erhöhung des Umlaufvermögens von 143,8 M€ auf 146,4 M€. Der Anteil des Umlaufvermögens am Gesamtvermögen blieb dabei unverändert gegenüber dem Vorjahr bei 78,2 %.

Die Forderungen gegen Gesellschafter erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 10,9 M€ auf 22,3 M€, sie bestehen im Wesentlichen aus Darlehensforderungen gegenüber der Muttergesellschaft Siegfried Jacob Metallwerke GmbH & Co.KG. Außerdem erhöhten sich die sonstigen Vermögensgegenstände um 3,2 M€ auf 6,0 M€, was im Wesentlichen auf

Steuerforderungen in Höhe von 3,7 M€ aus der Geltendmachung von Forderungsverlusten zurückzuführen ist. Die Warenvorräte wurden hingegen deutlich von insgesamt 98,7 M€ im Vorjahr auf nunmehr 80,6 M€ reduziert, insbesondere aufgrund einer erheblichen Bestandsminderung an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen von 71,1 M€ auf nun 55,9 M€. Die Reduzierung liegt begründet im gesunkenen Metallpreisniveau, aber auch in insgesamt verminderter Vorratsmengen.

Die Guthaben bei Kreditinstituten erhöhten sich im Laufe des Geschäftsjahres deutlich um 8,8 M€ auf 11,2 M€.

Die Summe des Anlagevermögens blieb hingegen fast unverändert, Abschreibungen auf Sachanlagen wurden betragsseitig durch neue Investitionen kompensiert.

Die Erhöhung auf der Passivseite resultiert aus dem in Höhe des Jahresüberschusses von 9,7 M€ gestiegenen Eigenkapital. Die Eigenkapitalquote wuchs damit von 83,0 % auf 86,7 %.

Die Gesamtverbindlichkeiten sanken im Berichtsjahr auf 11,6 M€ (Vorjahr 17,2 M€). Gegenüber Kreditinstituten bestanden zum Jahresende keine Verbindlichkeiten mehr (Vorjahr 1,8 M€). Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen verminderten sich nur geringfügig von 10,7 M€ auf 9,9 M€, die sonstigen Verbindlichkeiten etwas deutlicher von 4,4 M€ auf 1,5 M€.

#### **4. Investitionen**

Im Rahmen der Neuinvestitionen wurden, neben zahlreichen kleineren Projekten, insbesondere die folgenden Maßnahmen umgesetzt:

- Anlagenbau für die mechanische Bearbeitung von Röstgütern
- Erweiterung von Büroeinheiten im Verwaltungsgebäude
- Umbau der BHKW-Anlage auf H2-Ready

Darüber hinaus wurden verschiedene Investitionsprojekte gestartet oder weitergeführt:

- Aufbereitungsanlage für Produktionsabwasser
- Neubau der Hygienegasabsaugung für die Röstofenanlage

Zur Förderung der Digitalisierung des Unternehmens wurden zudem Projekte zur Erweiterung des ERP-Systems und zur Einführung einer HSE-Software vorangetrieben.

Im laufenden Geschäftsjahr wurden zahlreiche Projekte zur Instandhaltung von Gebäuden, Infrastruktur und Anlagen erfolgreich abgeschlossen. Zu den bedeutenderen Erhaltungsmaßnahmen zählen insbesondere die abgeschlossenen Sanierungsarbeiten zur Bodenabdichtung in einer Produktionshalle der Hydrometallurgie sowie die Sanierung einer Lagerhalle.

Darüber hinaus wurden umfangreiche Instandsetzungsarbeiten am werksinternen Stromnetz durchgeführt, darunter die Erneuerung von Mittelspannungsleitungen und -schaltanlagen. Eine weitere wichtige Maßnahme war die umfassende Großreparatur der Drehrohranlage, die die Sanierung und den Umbau der Nachbrennkammer einschloss. In der Kupferchemie wurden umfassende Sanierungsarbeiten an der Gebäudesubstanz durchgeführt sowie ein Stapelbehälter ausgetauscht. Im Bereich der Legierungsschmelze erfolgte die Sanierung des Kühlwasser- netzes inklusive der Kühltürme. Der kontinuierliche Austausch des Fuhrparks für den internen Werksverkehr wurde ebenfalls fortgesetzt.

Außerdem wurden zahlreiche kleinere Maßnahmen umgesetzt, um den Arbeitsschutz zu verbessern, den Automatisierungsgrad zu erhöhen, die Energie- und Ressourceneffizienz zu steigern und Emissionen zu reduzieren.

## **5. Unternehmensstrategie, Forschung und Entwicklung**

Der Bereich Technologie, Forschung und Entwicklung verfolgt weiterhin die zentralen Unternehmensstrategien:

- Optimierung von Verfahren und rohstoffspezifischen Prozessen zur Kostensenkung
- Entwicklung neuer Verfahren und Technologien zur Diversifizierung des Produkt- und Dienstleistungsportfolios
- Optimierung und Weiterentwicklung von Verfahren zur Steigerung der Energieeffizienz und Recyclingtiefe

Ein zentrales Thema war die Forschung zur Optimierung des Recyclingprozesses von Lithium-Ionen-Batterien aus dem Elektrofahrzeugsektor. Ziel ist es, die Recyclingkapazitäten für Lithium-Ionen-Batterien erheblich zu steigern und neben Kobalt, Nickel und Kupfer auch Lithium in den Recyclingkreislauf zurückzuführen. Hierzu wurden im vergangenen Geschäftsjahr umfangreiche großtechnische Versuche erfolgreich durchgeführt.

Zudem wurden Versuchskampagnen zur Optimierung pyrometallurgischer Prozesse im Hinblick auf das Recycling von Solarmodulen unternommen. Auch Untersuchungen zur mechanischen Aufbereitung von gerösteten Materialien zielen darauf ab, die Recyclingtiefen, -quoten und -kapazitäten weiter zu erhöhen. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse wurden bereits in eine neue Anlage zur mechanischen Bearbeitung von Röstgütern integriert.

Die firmeneigene Verfahrensentwicklung sowie die rasche Implementierung in die Produktion sind bedeutende Stärken der Nickelhütte Aue GmbH. Durch kontinuierliche F&E-Aktivitäten erwarten wir, auch in Zukunft weitere Potenziale zur Kostensenkung und Produktionssteigerung zu erschließen.

Um die internationale Präsenz, Vielfalt, Exzellenz und Größe des Unternehmens im Recyclingmarkt stärker hervorzuheben, wurde im November 2021 die Marke "Jacob Metal Group" (JMG) eingeführt und sowohl national als auch international etabliert. Unter dieser einheitlichen Marke agieren die Unternehmen Siegfried Jacob Metallwerke (SJM), Siegfried Jacob Hamburg (SJH), Jacomij Metalen, Jacomij Electronics, Ireland Alloys und Aciers Inoxydables Spéciaux partnerschaftlich auf dem globalen Recyclingmarkt und erschließen auch gemeinsam neue Geschäftsfelder.

## **6. Corporate Social Responsibility**

Die Zeiten, in denen die Verantwortung von Unternehmen an den Werktoren endete, sind lange vorüber. Heute ist unternehmerische Verantwortung (Corporate Social Responsibility, CSR) ein Synonym für verantwortungsvolles Handeln in allen Bereichen unserer Geschäftstätigkeit – vom Markt und ökologischen Aspekten bis hin zu den Beziehungen zu Mitarbeitern und dem Austausch mit relevanten Anspruchsgruppen. Als Nickelhütte Aue GmbH nehmen wir diese Verantwortung sehr ernst, auch wenn viele Anforderungen derzeit noch nicht gesetzlich verpflichtend sind.

Bereits heute leisten wir einen großen Beitrag zur Ressourcenschonung und zum Klimaschutz. Die Intensivierung einer echten Kreislaufwirtschaft, die nachhaltige Produktion von Recyclingrohstoffen und -produkten sowie die Reduktion unseres CO<sub>2</sub>-Fußabdrucks sind in unserer Unternehmenspolitik fest verankert. Durch das Recycling von NE-Metallen, Edelmetallen und Elektronikschrotten tragen wir jährlich zur Vermeidung von Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> bei. So spielt die Nickelhütte Aue eine wichtige Rolle bei der Verbesserung der Umweltbilanz und dem Erhalt wertvoller Ressourcen.

Unsere Strategie zielt darauf ab, Verarbeitungskapazitäten stetig zu steigern und gleichzeitig die Recyclingquote und Recyclingtiefe zu erhöhen. Da die Recyclingrohstoffe und -produkte im direkten Kreislauf zwischen unseren Auftraggebern und der Nickelhütte verbleiben, reduzieren wir den Transportaufwand erheblich und ermöglichen eine ganzheitliche, effiziente sowie klimaschonende Recyclingdienstleistung.

Für die Jacob Metal Group sowie deren Mitglieder wurde unter anderem ein Code of Conduct erstellt. Dieser gilt für die Unternehmen, aber auch für die Geschäftspartner gleichermaßen. Er stellt die Haltung und Erwartungen zu Themen wie Kinderarbeit, fairer Wettbewerb, Arbeits-/Daten-/Umweltschutz oder Umgang mit Konfliktmineralien usw. dar.

Im Berichtsjahr haben wir uns intensiv mit der Umsetzung und Weiterentwicklung unserer Nachhaltigkeitsziele beschäftigt. Neben bereits begonnenen Maßnahmen im Rahmen der Sorgfaltspflichten und der EU-Taxonomie-Verordnung haben wir uns auch auf die bevorstehende Berichterstattung nach der Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) vorbereitet. Eine wesentliche Aufgabe dabei ist die Wesentlichkeitsanalyse, die es uns ermöglicht, die wichtigsten Themen für unsere Tätigkeit und unsere Stakeholder zu identifizieren und gezielt zu bearbeiten.

Für das kommende Geschäftsjahr planen wir, unsere Nachhaltigkeitsstrategie weiter auszubauen. Im Fokus stehen dabei die Dekarbonisierung unserer Wertschöpfungskette, die Förderung sozialer Innovationen sowie die weitere Verankerung von ESG-Kriterien in unseren Unternehmensprozessen.

## **7. Unternehmensstruktur**

Das Unternehmen ist in fünf Geschäftsbereiche gegliedert:

- Chemie und Konzentrate
- Metalle, Handel und Aufbereitung
- Technik
- Zentrale Dienste
- Finanzen und Personal

Diese Unternehmensstruktur wurde im Geschäftsjahr 2021 eingeführt und hat sich seitdem bewährt.

Die Anzahl der Mitarbeiter einschließlich Auszubildender und geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse blieb insgesamt stabil und lag im Jahresdurchschnitt bei 484 und damit ungefähr auf Vorjahresniveau. Die Besetzung freiwerdender Stellen bereitete nur in wenigen Ausnahmefällen Schwierigkeiten.

Die Zertifizierungen des Unternehmens als Entsorgungsfachbetrieb sowie für Qualitäts-, Umwelt-, Arbeitsschutz- sowie Energiemanagement wurden erneut bestätigt. Die Ergebnisse der kundenspezifischen Auditierungen belegen weiterhin deutlich das hohe Ansehen des Unternehmens als Partner weltbekannter nationaler und internationaler Geschäftspartner.

## **8. Konzerngesellschaften**

Das Geschäft unserer Tochtergesellschaft GMB Deutsche Magnetwerke GmbH („GMB“) entwickelte sich im Geschäftsjahr 2023/2024 nicht so erfolgreich wie ursprünglich erwartet. Absatzseitig gelang es der Gesellschaft leider nicht, das Wachstum der vergangenen Jahre fortzusetzen. Den Hauptgrund hierfür sehen wir hier in der derzeitigen Wirtschaftskrise, welche sich besonders spürbar im Investitionsgütergeschäft niederschlägt, in welchem die GMB hauptsächlich tätig ist.

Die GMB schloss das Geschäftsjahr mit einem Jahresfehlbetrag von 69 T€ ab. Insgesamt sind wir für die zukünftige Entwicklung der GMB aber weiterhin optimistisch. Die Nachfrage nach Spezialmagneten, welche nach kundenspezifischen Anforderungen hausintern entwickelt werden und ein hohes Maß an fachlichem Knowhow erfordern, zeigen das Potential der Firma.

## **9. Zusammenfassende Beurteilung**

Zusammenfassend kann eingeschätzt werden, dass sich trotz schwierigerer Rahmenbedingungen die langjährige, wirtschaftlich gute Entwicklung der Nickelhütte Aue GmbH auch im Geschäftsjahr 2023/24 fortgesetzt hat.

Die vorliegenden Zahlen zeigen, dass das Unternehmen nach wie vor strukturell gut aufgestellt ist und dass auch in einem nicht optimalen Marktumfeld operative Überschüsse erzielt werden können.

Die erforderliche Liquidität der Nickelhütte Aue GmbH war jederzeit sichergestellt, neue Fremdfinanzierungen wurden dazu, abgesehen von einer temporären Inanspruchnahme bestehender Bankkreditlinien, nicht aufgenommen.

## **C. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung**

Chancen für eine positive Entwicklung sehen wir in großem Maße in der weiteren Diversifizierung der Rohstoff- und Produktpalette und der Erhöhung der Recyclingtiefe. Wir werden daher konsequent den eingeschlagenen Weg fortsetzen und vor allem die technischen Kapazitäten für die Verarbeitung von gebrauchten Katalysatoren und Li-Ionen Akkus ausbauen.

Im Rahmen unserer Forschung und Entwicklung versuchen wir, weitere Ressourcen und Produkte in unser Portfolio aufzunehmen. Hierbei orientieren wir uns an den Erfordernissen unserer modernen Zeit, den Bedürfnissen der ökonomischen und ökologischen Nachhaltigkeit sowie den strategischen Bedürfnissen in Europa.

Langfristig ist die Entwicklung schwer einschätzbar. In zunehmendem Maße zeigt sich, dass die aktuelle Energie- und Wirtschaftspolitik zu einem unkalkulierbaren Risiko für den Industriestandort Deutschland/Europa und damit auch für die Nickelhütte Aue GmbH wird.

Die politischen Entscheidungen der vergangenen Jahre haben in Deutschland zu Energiepreisen geführt, die mittlerweile zu den höchsten der Welt zählen. In Kombination mit weiteren Standortnachteilen, wie einem sich verschärfenden Fachkräftemangel und immer höheren bürokratischen Belastungen der Unternehmen bei einem zunehmend ineffizient arbeitenden öffentlichen Verwaltungsapparat, droht der Produktionsstandort Deutschland nachhaltig Schaden zu nehmen.

Die hohen Energiepreise führen zu einer eingeschränkten Konkurrenzfähigkeit bei energieintensiven Produkten und können auch durch politisch veranlasste Entlastungen nicht vollständig kompensiert werden. Die Möglichkeiten, die Kostensteigerungen über höhere Verkaufspreise an die Endkunden weiterzugeben, sind im globalen Markt begrenzt.

Aufgrund der hohen Abhängigkeit unseres Unternehmens von Erdgas werden verschiedenste Varianten von alternativen Energieträgern geprüft. Der steigende Einsatz von Ersatzbrennstoffen ist positiv hervorzuheben. Eine kurzfristige weitere Substitution von Erdgas wird durch den zeitlich anspruchsvollen Genehmigungsprozess eingebremst und nur mittelfristig möglich sein. Dennoch wurden weitere Projekte für den Ausbau mit regenerativen Energien schon im Vorfeld angebahnt und umgesetzt. Hervorzuheben wären die neue PV-Anlage und die Installation eines neuen Blockheizkraftwerkes, welches H2-Ready ist. Der Ausbau der E- Mobilität und der Einsatz von Querschnittstechnologien werden ganzheitlich im Unternehmen weiter vorangetrieben. Zusätzlich wurde im Rahmen der Dekarbonisierung die Grundlagenermittlung für ein Transformationskonzept begonnen.

Die Volatilität der NE-Metallpreise beinhaltet ein erhebliches Risiko für die wirtschaftliche Stabilität des Unternehmens. Das gegenwärtige Preisniveau der NE-Metallpreise bewegt sich statistisch auf einem eher normalen Niveau. Gleichwohl wurde mit der durchgeföhrten Bewertung des Vorratsvermögens bei Rohstoffen und Fertigprodukten im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeit konsequent zur Minimierung des Preisrisikos beigetragen.

Durch neue Entwicklungen bei Energie, Technik und Mobilität werden sich Rohstoffmärkte und das Preisgefüge ändern. Sehr schnelle technologische Entwicklungen machen langfristige Prognosen schwierig, lassen jedoch für die betroffenen Metalle Preisanstiege erwarten.

Beschaffungsrisiken bestehen nach wie vor darin, dass die zur Herstellung der Produkte benötigten Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe nicht oder nicht in ausreichendem Maße in der erforderlichen Qualität und Quantität zur Verfügung stehen oder nicht reibungslos beschafft werden können. Das zeigte sich im Berichtsjahr erneut insbesondere bei der schwierigen Verfügbarkeit bestimmter Hilfs- und Betriebsstoffe, wobei sich die Situation im Jahresverlauf teilweise verbesserte.

Um möglichen Beschaffungsengpässen vorzubeugen, eine nachhaltige Versorgungssicherheit zu gewährleisten und auf Veränderungen kurzfristig reagieren zu können, stehen die Beschaffungsmärkte unter intensiver Beobachtung. Bedarfe müssen möglichst langfristig erkannt und geplant sowie Bestellungen frühzeitiger ausgelöst werden, um die Versorgung der Produktion mit den benötigten Stoffen sicherzustellen.

Daher wird beständig daran gearbeitet, Beschaffungsrisiken durch Ermittlung alternativer Lieferquellen, effizientes Vertragsmanagement, kontinuierliche Lieferantenbewertungen, Qualitäts- und Zuverlässigkeitsskontrollen bei Zulieferern sowie den Aufbau von angemessenen Sicherheitsbeständen auszugleichen.

Absatzrisiken werden unter anderem durch den Ausbau der bestehenden Produkt-, Markt- und Kundensegmente, die Vermeidung von Abnehmerkonzentrationen und langfristige Verträge begrenzt. Das Risikopotential aus Produktionsabläufen und Umweltschutzrisiken wird durch die strikte Einhaltung aller gesetzlichen Auflagen, umfassende Richtlinien zur Qualitätssicherung sowie stringente Qualitätskontrollen wirkungsvoll verringert.

Hierzu gehören neben den Zertifizierungen der Prozesse nach internationalen Normen die vorbeugende Instandhaltung, die ständige planvolle Modernisierung von Anlagen und die Verbesserung von Produktionsverfahren und Herstellungstechniken. Im Rahmen behördlicher Überwachungen erfüllt der Betrieb die "Erweiterten Pflichten nach 12. BImSchV". Damit wird die Rechtssicherheit auch bei außergewöhnlichen Vorkommnissen gewährleistet.

Zu den geschäftlichen Risiken gehören auch solche, die aus Investitionen und aus Forschung und Entwicklung resultieren. Diese Aktivitäten sind aufgrund ihrer Zukunftsorientierung notwendig für den Fortbestand des Unternehmens und zugleich risikoträchtig wegen der damit verbundenen Unsicherheiten bezüglich ihres Erfolges.

Sorgfältige Untersuchungen, z. B. im Vorfeld von Investitionen (Wirtschaftlichkeitsrechnungen) und neuen Entwicklungsprojekten (Machbarkeitsanalysen und Wirtschaftlichkeitsrechnungen) werden in einem mehrstufigen Prozess berücksichtigt, um die Risikotransparenz zu erhöhen.

Leider ist im Zusammenhang mit behördlichen Genehmigungen, Zulassungen und Erlaubnissen ein zunehmendes Hemmnis auszumachen. Die Bearbeitungszeiten verlängern sich permanent. Wie oben bereits erwähnt, ist zu befürchten, dass sich bei einer Fortsetzung dieses Trends negative Auswirkungen auf die zukünftige Entwicklung sowie die Wirtschaftlichkeit und Konkurrenzfähigkeit des Unternehmens ergeben werden.

Das Liquiditätsmanagement stellt sicher, dass jederzeit ausreichend Liquidität für das operative Geschäft und für Investitionen zur Verfügung stand. Für sonstige Risiken, wie zum Beispiel Gewährleistungen, wurde ausreichend bilanzielle Vorsorge getroffen. Mit der Anwendung einer fast alle Umsätze umfassenden Versicherung gegen Forderungsausfälle wurden weitere Beiträge zur Risikominimierung geleistet.

Unvorhersehbare Entwicklungen, insbesondere bei Metallpreisen, Energiepreisen und Währungsparitäten (EUR/USD), können die Umsatz- und Ergebniserwartungen beeinflussen. Die mögliche Einschränkung der Versorgung mit Erdgas im Rahmen der Notfallstufe bei einer Gasmangellage ist hierbei als besonders kritisch hervorzuheben.

Die allgemeine Risikosituation für das Unternehmen im Bereich der Umwelthaftung, Elementarschäden usw. wird durch angemessene Versicherungen in Zusammenarbeit mit Maklern abgedeckt.

Die weiteren Auswirkungen aus dem Krieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine sind nur schwer abzuschätzen, können uns aber weiterhin insbesondere im Energiebereich treffen. Wir verweisen an dieser Stelle auf unsere voranstehenden Ausführungen zu den Risiken aus der Energiepreisentwicklung und zur Energieversorgungssicherheit.

Insgesamt wird eingeschätzt, dass die Nickelhütte Aue GmbH sich weiter gut entwickelt und im Wettbewerb behauptet hat. Sie besitzt die Voraussetzungen, mittel- und langfristig diese Entwicklung fortzusetzen und auszubauen. Die Gesamtbewertung des abgeschlossenen Geschäftsjahres und der Umsetzung der geplanten Vorhaben lassen zwar durchaus einige Risiken erkennen, darunter aber keine Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens momentan ernsthaft bedrohen.

#### **D. Prognosebericht**

Die Nickelhütte Aue GmbH wird auch in Zukunft weitere Geschäftsfelder und neue Absatzmärkte erschließen und die Suche nach neuen Märkten, zukunftsweisenden Technologien und kostengünstigeren Rohstoffquellen betreiben.

Bei den Mitarbeiterzahlen sind derzeit keine signifikanten Veränderungen geplant, die natürlichen Personalabgänge sollen weiterhin durch Neueinstellungen von selbst ausgebildeten Facharbeitern oder bereits ausgebildeten Bewerbern aus der Region ersetzt werden.

Das gute Image des Unternehmens in der Region, das angemessene Lohnniveau sowie diverse Lohnnebenleistungen für die Mitarbeiter steigern die Attraktivität als Arbeitgeber und gestatten es uns, bei Neueinstellungen meist aus einer ausreichenden Anzahl von Bewerbern auswählen zu können.

Dennoch wird das Unternehmen seine Initiativen weiter nach außen und innen verstärken, um auch zukünftig das dringend benötigte Fachpersonal rekrutieren sowie optimal aus- und weiterbilden zu können. Mit dem weiteren Ausbau der „Jacob Metal Academy“ für die Aus- und Weiterbildung innerhalb der Jacob-Firmengruppe, der konsequenten Fortführung des Prozesses der Organisationsentwicklung innerhalb der NHA sowie der Beteiligung an der Potential-Akademie eG Chemnitz wurden hierfür wichtige Grundlagen geschaffen.

Die etablierte Geschäftsleitung, bestehend aus vier Prokuristen und einem Geschäftsführer, ermöglicht eine zielgerichtete, flexible und effektive Führung des Unternehmens in seiner Komplexität und Diversifikation.

Unser Tochterunternehmen GMB Deutsche Magnetwerke GmbH ist in der Produktion und im Handel von Spezialmagneten tätig. Da diese hauptsächlich im industriellen Investitionsbereich verwendet werden, ist die momentane Wirtschaftskrise auch für die Geschäftsentwicklung der GMB spürbar. Nach vielen Jahren des Umsatzwachstums musste die GMB in 2023/2024 erstmals sinkende Umsatzerlöse verzeichnen und erneut einen Jahresverlust ausweisen. Für das neue Geschäftsjahr wird mit wieder steigenden Umsatzerlösen gerechnet. Höhere Personalkosten im Zusammenhang mit der Vorbereitung eines ruhestandsbedingten Wechsels in der Geschäftsführung, welcher zum Ende des Geschäftsjahres 2024/25 vollzogen wird, werden die Wirtschaftlichkeit zwischenzeitlich aber zusätzlich belasten.

Insgesamt wird davon ausgegangen, dass trotz der genannten Herausforderungen und Einschränkungen auch das Geschäftsjahr 2024/2025 wieder erfolgreich für die Nickelhütte Aue GmbH verlaufen wird und erneut ein positives Jahresergebnis erzielt werden kann. Ausgehend von Metallpreisen und Beschaffungs- und Energiekosten auf dem aktuellen Niveau rechnen wir mit einem Jahresüberschuss von ca. 5-7 M€. Für die Folgejahre wird mit einer weiterhin stabilen Umsatz- und Ertragssituation gerechnet.

Aue-Bad Schlema, 28. Oktober 2024

Henry Sobieraj  
(Geschäftsführer)



## **BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS**

An die Nickelhütte Aue GmbH

### *Prüfungsurteile*

Wir haben den Jahresabschluss der Nickelhütte Aue GmbH - bestehend aus der Bilanz zum 30. Juni 2024 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Juli 2023 bis zum 30. Juni 2024 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Nickelhütte Aue GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Juli 2023 bis zum 30. Juni 2024 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 30. Juni 2024 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Juli 2023 bis zum 30. Juni 2024 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

### *Grundlage für die Prüfungsurteile*

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und



berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

*Verantwortung des gesetzlichen Vertreters für den Jahresabschluss und den Lagebericht*

Der gesetzliche Vertreter ist verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner ist der gesetzliche Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die er in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt hat, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses ist der gesetzliche Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmensaktivität zu beurteilen. Des Weiteren hat er die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmensaktivität, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus ist er dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmensaktivität zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem ist der gesetzliche Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner ist der gesetzliche Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die er als notwendig erachtet hat, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.



*Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts*

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.



- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsysten und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von dem gesetzlichen Vertreter angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von dem gesetzlichen Vertreter dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von dem gesetzlichen Vertreter angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von dem gesetzlichen Vertreter dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von dem gesetzlichen Vertreter zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges



Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsysteem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Duisburg, den 28. Oktober 2024



PKF Fasselt  
Partnerschaft mbB  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft  
Steuerberatungsgesellschaft  
Rechtsanwälte

A handwritten signature in blue ink that appears to read "Müller-Kemler".

Müller-Kemler  
Wirtschaftsprüfer

A handwritten signature in blue ink that appears to read "Hegmanns".

Hegmanns  
Wirtschaftsprüfer

# Allgemeine Auftragsbedingungen

für

## Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2024

### 1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich in Textform vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber. Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

### 2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen Vereinbarung in Textform.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

### 3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunfts Personen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten Erklärung in gesetzlicher Schriftform oder einer sonstigen vom Wirtschaftsprüfer bestimmten Form zu bestätigen.

### 4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerke Unternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

### 5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags in gesetzlicher Schriftform oder Textform darzustellen hat, ist allein diese Darstellung maßgebend. Entwürfe solcher Darstellungen sind

unverbindlich. Sofern nicht anders gesetzlich vorgesehen oder vertraglich vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie in Textform bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

### 6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der in Textform erteilten Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

### 7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlägen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlags, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Ein Nacherfüllungsanspruch aus Abs. 1 muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Nacherfüllungsansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse in Frage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

### 8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

### 9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist der Anspruch des Auftraggebers aus dem zwischen ihm und dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis auf Ersatz eines fahrlässig verursachten Schadens, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt. Gleichermaßen gilt für Ansprüche, die Dritte aus oder im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis gegenüber dem Wirtschaftsprüfer geltend machen.

(3) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(4) Der Höchstbetrag nach Abs. 2 bezieht sich auf einen einzelnen Schadensfall. Ein einzelner Schadensfall ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden.

(5) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der in Textform erklärten Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

(6) § 323 HGB bleibt von den Regelungen in Abs. 2 bis 5 unberührt.

## 10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit in gesetzlicher Schriftform erteilter Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

## 11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte wesentliche Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen Vereinbarung in Textform umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung und elektronische Übermittlung der Jahressteuererklärungen, einschließlich E-Bilanzen, für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger Vereinbarungen in Textform die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Einheitsbewertung sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer und Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- c) die beratende und gutachtlische Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

## 12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

## 13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

## 14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

## 15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.

**B e s o n d e r e A u f t r a g s b e d i n g u n g e n**  
PKF Fasselt Partnerschaft mbB  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft Rechtsanwälte

**Präambel**

Diese Besonderen Auftragsbedingungen der PKF Fasselt Partnerschaft mbB Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft Rechtsanwälte (nachstehend als PKF bezeichnet) modifizieren die vom Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. publizierten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2024 (IDW AAB).

**Aus berufsrechtlichen Gründen modifiziert PKF die in den IDW AAB enthaltenen Haftungsregelungen für Leistungen, auf welche weder eine gesetzliche noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet, indem zugunsten der Auftraggeber der Haftungshöchstbetrag auf 10 Mio. EUR für Einzelschäden bzw. 12,5 Mio. EUR für Serienschäden erhöht und der Haftungsmaßstab auf einfache Fahrlässigkeit ausgeweitet wird.**

Dazu wird Ziffer 9. „Haftung“ der IDW AAB aufgehoben und durch die nachfolgenden Regelungen ersetzt:

**Haftung von PKF**

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist der Anspruch des Auftraggebers aus dem zwischen ihm und PKF bestehenden Vertragsverhältnis auf Ersatz eines einfach fahrlässig verursachten Schadens, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, gemäß § 52 Abs. 1 Nr. 2 BRAO auf 10 Mio. EUR beschränkt. Gleiches gilt für Ansprüche, die Dritte aus oder im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis gegenüber PKF geltend machen.

(3) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit PKF bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer einfach fahrlässigen Pflichtverletzung durch PKF her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(4) Der Höchstbetrag nach Abs. 2 bezieht sich auf einen einzelnen Schadensfall. Ein einzelner Schadensfall ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann PKF nur bis zur Höhe von 12,5 Mio. EUR in Anspruch genommen werden.

(5) Ein Schadenersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der in Textform erklärten Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadenersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

(6) § 323 HGB bleibt von den Regelungen in Abs. 2 bis 5 unberührt.



Nickelhütte Aue GmbH  
Aue-Bad Schlema

Bericht über die Prüfung  
des Jahresabschlusses zum  
30. Juni 2024  
und des Lageberichts für  
das Geschäftsjahr 2023/2024



Nickelhütte Aue GmbH  
Aue-Bad Schlema

Bericht über die Prüfung  
des Jahresabschlusses zum  
30. Juni 2024  
und des Lageberichts für  
das Geschäftsjahr 2023/2024

PKF Fasselt Partnerschaft mbB  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft Rechtsanwälte  
Schifferstraße 210 - 47059 Duisburg  
Tel. +49 203 30001-0

Rechtsform: PartG mbB - Sitz: Berlin  
Registergericht: Amtsgericht Charlottenburg  
PR Nr. 645 B - Registriert beim PCAOB



Inhaltsverzeichnis	Seite
<b>1. Prüfungsauftrag .....</b>	<b>1</b>
<b>2. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks .....</b>	<b>2</b>
<b>3. Grundsätzliche Feststellungen .....</b>	<b>7</b>
3.1. Wirtschaftliche Grundlagen .....	7
3.2. Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter .....	7
<b>4. Prüfungsdurchführung.....</b>	<b>10</b>
4.1. Gegenstand der Prüfung.....	10
4.2. Art und Umfang der Prüfung .....	10
<b>5. Prüfungsfeststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung .....</b>	<b>11</b>
5.1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen.....	11
5.2. Jahresabschluss.....	11
5.3. Lagebericht .....	12
<b>6. Gesamtaussage des Jahresabschlusses.....</b>	<b>12</b>
<b>7. Schlussbemerkung.....</b>	<b>14</b>



Anlagen	Nr.	Seiten
Bilanz zum 30. Juni 2024	1	1
Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Juli 2023 bis 30. Juni 2024	2	1
Anhang der Nickelhütte Aue GmbH, Aue-Bad Schlema, für das Geschäftsjahr 2023/2024	3	1 - 11
Lagebericht der Nickelhütte Aue GmbH, Aue-Bad Schlema, für das Geschäftsjahr 2023/2024	4	1 - 15
Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Bilanz zum 30. Juni 2024 ( <b>Anlage 1</b> ) sowie der Posten der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Juli 2023 bis 30. Juni 2024 ( <b>Anlage 2</b> )	5	1 - 19
Rechtliche Grundlagen	6	1 - 2
Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2024 des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V.		
sowie		
Besondere Auftragsbedingungen PKF Fasselt Partnerschaft mbB Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft Rechtsanwälte vom 1. Januar 2024		



## 1. Prüfungsauftrag

Die Geschäftsführung der

**Nickelhütte Aue GmbH, Aue-Bad Schlema,**  
(im Folgenden auch Gesellschaft oder Unternehmen genannt)

hat uns als den in der Gesellschafterversammlung vom 14. Dezember 2023 gemäß § 318 Abs. 1 Satz 1 HGB gewählten Abschlussprüfer am 25. September 2024 beauftragt, den Jahresabschluss der Gesellschaft zum 30. Juni 2024 (Geschäftsjahr vom 1. Juli 2023 bis 30. Juni 2024) unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023/2024 gemäß §§ 316 ff. HGB zu prüfen.

Der vorliegende Bericht ist an die geprüfte Gesellschaft gerichtet.

Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

Für die Ausführung dieses Auftrags und unsere Verantwortlichkeit sind, auch im Verhältnis zu Dritten, die diesem Bericht beigefügten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2024 des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (IDW), Düsseldorf, sowie ergänzend unsere Besonderen Auftragsbedingungen PKF Fasselt Partnerschaft mbB Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft Rechtsanwälte vom 1. Januar 2024 vereinbart.

Die Grundsätze ordnungsmäßiger Durchführung von Abschlussprüfungen i. S. d. einschlägigen Prüfungsstandards des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. sind bei unserer Prüfung beachtet worden. Dieser Prüfungsbericht ist unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten (IDW PS 450 n. F. (10.2021)) erstellt worden.



## 2. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir der Nickelhütte Aue GmbH, Aue-Bad Schlema, für den als **Anlagen 1 bis 3** beigefügten Jahresabschluss zum 30. Juni 2024 sowie den in **Anlage 4** wiedergegebenen Lagebericht folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

### **„BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS**

An die Nickelhütte Aue GmbH

#### *Prüfungsurteile*

Wir haben den Jahresabschluss der Nickelhütte Aue GmbH - bestehend aus der Bilanz zum 30. Juni 2024 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Juli 2023 bis zum 30. Juni 2024 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Nickelhütte Aue GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Juli 2023 bis zum 30. Juni 2024 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 30. Juni 2024 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Juli 2023 bis zum 30. Juni 2024 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.



### *Grundlage für die Prüfungsurteile*

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

### *Verantwortung des gesetzlichen Vertreters für den Jahresabschluss und den Lagebericht*

Der gesetzliche Vertreter ist verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner ist der gesetzliche Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die er in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt hat, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses ist der gesetzliche Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren hat er die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus ist er dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.



Außerdem ist der gesetzliche Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner ist der gesetzliche Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die er als notwendig erachtet hat, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

*Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts*

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.



Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsysten und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von dem gesetzlichen Vertreter angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von dem gesetzlichen Vertreter dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von dem gesetzlichen Vertreter angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.



- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von dem gesetzlichen Vertreter dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von dem gesetzlichen Vertreter zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.“



### **3. Grundsätzliche Feststellungen**

#### **3.1 Wirtschaftliche Grundlagen**

Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung, Konfektionierung und Vertrieb von NE-Metallen, deren Legierungen, Metallsalzen und anorganischen Grundstoffen; hierzu erfolgen Recyclingprozesse von metallhaltigen Materialien aller Art, insbesondere von Katalysatoren, Stäuben, Schlämmen, Krätschen, Schrotten, Transformatoren und Akkumulatoren sowie alle damit im Zusammenhang stehenden Aufbereitungs- und Umweltserviceleistungen; Erzeugung und Vertrieb von Wärme-, Kälte-, Elektroenergie und anderen Energieformen, Ein- und Verkauf von Heizöl sowie jeweils alle mit den vorgeschriebenen Geschäftsgegenständen zusammenhängenden Geschäfte, Dienstleistungen und Maßnahmen.

#### **3.2 Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter**

Die Geschäftsführung beurteilt die Lage des Unternehmens in zusammengefasster Form wie folgt:

- Der Rückgang des Jahresüberschusses auf 9,7 Mio. EUR (Vorjahr 13,8 Mio. EUR) ist insbesondere auf die gesunkenen Umsatzerlöse (-52,0 Mio. EUR bzw. -19 %) aufgrund des sinkenden Preisniveaus der für das Unternehmen relevanten Nichteisenmetalle sowie der Wirtschaftskrise in Deutschland zurückzuführen. Das Jahresergebnis liegt damit ungefähr auf dem langjährigen Durchschnittsniveau. Die Ergebnisse der vorhergehenden drei Geschäftsjahre sind unter den gegebenen Voraussetzungen indes nicht erreicht worden.
- Die Rohertragsquote hat sich auf 27,5 % (Vorjahr 28,6 %) vermindert. Ein wesentlicher Grund hierfür sind die Aufwendungen für Rohstoffe, da das eingesetzte Grundmaterial trotz sinkender Börsenpreise noch zu vergleichsweise hohen Kosten beschafft worden ist. Die Aufwendungen für Betriebsstoffe (-44,7 %) und Hilfsstoffe (-46,7 %) sind ebenfalls gesunken.
- Die Personalaufwendungen sind bei einer insgesamt stabilen Beschäftigtenzahl im Vergleich zum Vorjahr unverändert. Dagegen haben sich die sonstigen betrieblichen Aufwendungen im Vorjahresvergleich insbesondere durch gesunkene Reparatur- und Instandhaltungskosten sowie niedrigere Frachtkosten von 22,5 Mio. EUR auf 17,3 Mio. EUR verringert. Zusätzlich sind Abschreibungen auf Finanzanlagen in Höhe von 100 TEUR und somit eine Anpassung auf den niedrigeren Wert, der am



Abschlussstichtag beizulegen ist, vorzunehmen, um ausgegebene Darlehen an die Tochtergesellschaft GMB Deutsche Magnetwerke GmbH vorsorglich wertzu-berichtigen.

- Insgesamt hat sich das Jahresergebnis vor Steuern um rd. 55,2 % verringert. Die Position Steuern vom Einkommen und Ertrag weist aufgrund von Steuererträgen resultierend aus der steuerlichen Geltendmachung von Forderungsverlusten der EFS Erzgebirgische Fluss- und Schwerspatwerke GmbH in Höhe von 3,7 Mio. EUR einen positiven Saldo aus.
- Die Bilanzsumme hat sich von 183.939 TEUR auf 187.277 TEUR erhöht.

Auf der Aktivseite hat vor allem die Erhöhung der Forderungen gegen die Gesellschafterin Siegfried Jacob Metallwerke GmbH & Co. KG um 10,9 Mio. EUR auf insgesamt 22,3 Mio. EUR (im Wesentlichen aus Darlehensforderungen) sowie die Erhöhung der sonstigen Vermögensgegenstände um 3,2 Mio. EUR auf 6,0 Mio. EUR, welche im Wesentlichen auf Steuerforderungen aus der Geltendmachung von Forderungsverlusten zurückzuführen ist, maßgeblich zum Anstieg beigetragen. Im Gegensatz dazu hat sich der Vorratsbestand aufgrund erheblicher Bestandsminderungen sowie des gesunkenen Metallpreisniveaus von 98,7 Mio. EUR auf 80,6 Mio. EUR reduziert. Die Guthaben bei Kreditinstituten haben einen deutlichen Zuwachs um 8,8 Mio. EUR verzeichnet.

Auf der Passivseite stehen dem ein um den Jahresüberschuss in Höhe von 9,7 Mio. EUR erhöhtes Eigenkapital und von 17,2 Mio. EUR auf 11,6 Mio. EUR gesunkene Gesamtverbindlichkeiten gegenüber.

- Die Eigenkapitalquote beträgt 86,7 % (Vorjahr 83 %).
- Chancen und Risiken sowie Prognose des gesetzlichen Vertreters für das Geschäftsjahr 2024/2025:

Die Geschäftsführung sieht in der weiteren Diversifizierung der Rohstoff- und Produktpalette sowie der Erhöhung der Recyclingtiefe Chancen für eine weitere positive Entwicklung. Zur Unterstützung wird im Rahmen der Forschung und Entwicklung versucht, das Portfolio der Gesellschaft um weitere Ressourcen und Produkte zu erweitern.



Die Volatilität der NE-Metallpreise beinhaltet der Geschäftsführung zufolge ein erhebliches Risiko für die wirtschaftliche Stabilität des Unternehmens. Das gegenwärtige Preisniveau bewegt sich eher auf einem normalen Niveau. Durch neue Entwicklungen bei Energie, Technik und Mobilität werden sich Rohstoffmärkte und das Preisgefüge ändern. Langfristige Prognosen sind demnach angesichts der schnellen technologischen Entwicklung nicht möglich.

Ein weiteres nicht unwesentliches Risiko liegt in der kurzfristigen Abhängigkeit der Produktion von Erdgas sowohl hinsichtlich der Verfügbarkeit und des Preises. Verschiedene Substitutionsmöglichkeiten von alternativen Energieträgern werden geprüft und sind in der Umsetzung. Eine kurzfristige weitere Substitution von Erdgas wird durch den zeitlich anspruchsvollen Genehmigungsprozess eingebremst und nur mittelfristig möglich sein. Die zunehmende Schwierigkeit, notwendige Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe in ausreichender Menge und Qualität zu beschaffen, erzwingt frühzeitigere Bestellungen zur Sicherstellung der Produktionsprozesse.

Die weiteren Auswirkungen aus dem Krieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine sind schwer abzuschätzen, können aber die Gesellschaft insbesondere im Energiebereich treffen. Bisher ist es laut Einschätzung der Geschäftsführung aufgrund der Diversifizierung in Beschaffung und Absatz jedoch gut gelungen, die negativen Auswirkungen aufzufangen.

Für das Geschäftsjahr 2024/2025 erwartet die Geschäftsführung einen Jahresüberschuss in Höhe von ca. 5-7 Mio. EUR. Für die Folgejahre wird mit einer weiterhin stabilen Umsatz- und Ertragssituation gerechnet.

Die Geschäftsführung sieht keine Gefährdung des Fortbestands und der zukünftigen Entwicklung des Unternehmens. Auf die Ausführungen im Lagebericht (**Anlage 4**) wird verwiesen.

Auf der Grundlage der von uns geprüften Unterlagen sowie der von uns im Rahmen der Abschlussprüfung durchgeföhrten Analysen ergeben sich aus unserer Sicht keine Einwendungen gegen die Einschätzung der Geschäftsführung zur Lage, zum Fortbestand und zu der zukünftigen Entwicklung des Unternehmens.



## 4. Prüfungsdurchführung

### 4.1. Gegenstand der Prüfung

Gemäß § 317 HGB sind die Buchführung der Gesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Juli 2023 bis 30. Juni 2024, der Jahresabschluss zum 30. Juni 2024 und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023/2024 (Rechnungslegung) Gegenstand der Abschlussprüfung. Der Jahresabschluss und der Lagebericht sind nach den deutschen gesetzlichen Vorschriften aufgestellt worden.

Die Prüfung ist unter Beachtung der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften, insbesondere der §§ 316 ff. HGB, und der vom IDW festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung erfolgt. Die Prüfungshandlungen sind, soweit sie nicht im Prüfungsbericht dargestellt sind, in unseren Arbeitspapieren nach Art, Umfang und Ergebnis festgehalten.

Die Prüfung hat sich gemäß § 317 Abs. 4a HGB nicht darauf erstreckt, ob der Fortbestand des geprüften Unternehmens oder die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung zugesichert werden kann.

### 4.2. Art und Umfang der Prüfung

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Weitere Einzelheiten ergeben sich aus dem unter Abschnitt 2. wiedergegebenen Bestätigungsvermerk.

Prüfungsschwerpunkte sind für das Berichtsjahr die folgenden Prüffelder gewesen:

- Vorräte: Nachweis und Bewertung
- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen: Nachweis und Bewertung
- Umsatzrealisation: Nachweis und Periodenabgrenzung

An der körperlichen Vollaufnahme des Vorratsvermögens am 1. Juli 2024 haben wir zeitweise beobachtend und kontrollierend teilgenommen. Von der Einhaltung der ordnungsmäßigen Inventuranweisungen durch die mit der Aufnahme beauftragten Mitarbeiter haben wir uns überzeugt und stichprobenhaft Nachzählungen aufgenommener Bestände vorgenommen.



Saldenbestätigungen für Kunden und Lieferanten sind in Stichproben auf den Abschlussstichtag nach der positiven Methode eingeholt worden.

Weiterhin sind von sämtlichen Kreditinstituten, mit denen die Nickelhütte Aue GmbH im Geschäftsjahr 2023/2024 in Geschäftsverbindung gestanden hat, Bestätigungen der zum Abschlussstichtag bestehenden Salden, Unterschriftsberechtigungen und Konditionen sowie weitere Informationen eingeholt worden.

Für die Einschätzung der Risiken aus Rechtsstreitigkeiten sind Rechtsanwaltsbestätigungen eingeholt worden.

Die Durchführung der Saldenbestätigungsaktionen ist unter unserer Kontrolle erfolgt.

Der Vorjahresabschluss zum 30. Juni 2023 und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2022/2023 sind ebenfalls von uns geprüft und unter dem 31. Oktober 2023 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Die Zahlen zum 30. Juni 2023 sind richtig auf das Geschäftsjahr 2023/2024 vorgetragen worden

Der gesetzliche Vertreter und die uns benannten Mitarbeiter haben die für unsere Prüfung notwendigen Aufklärungen und Nachweise (§ 320 HGB) vollständig und bereitwillig erbracht. Die berufsübliche Vollständigkeitserklärung ist eingeholt worden.

## **5. Prüfungsfeststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung**

### **5.1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen**

Die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen entsprechen in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Vorschriften.

Die Buchführung hat während des gesamten Geschäftsjahres 2023/2024 den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung entsprochen; die aus den weiteren geprüften Unterlagen entnommenen Informationen sind in allen wesentlichen Belangen ordnungsmäßig in der Buchführung, dem Jahresabschluss und dem Lagebericht abgebildet.

### **5.2. Jahresabschluss**

Im Jahresabschluss der Gesellschaft zum 30. Juni 2024 sind in allen wesentlichen Belangen alle für die Rechnungslegung geltenden gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grund-



sätze ordnungsmäßiger Buchführung, alle großenabhängigen, rechtsformgebundenen oder wirtschaftszweigspezifischen Regelungen beachtet worden.

Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung sind ordnungsmäßig aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet worden; die einschlägigen Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften sind in allen wesentlichen Belangen beachtet worden.

Der Anhang ist klar und übersichtlich und enthält die erforderlichen Angaben. Die auf die Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und die sonstigen Pflichtangaben, insbesondere gemäß §§ 284 ff. HGB, sind vollständig und zutreffend in den Anhang aufgenommen.

Die Gesellschaft hat zulässigerweise die Berichterstattung im Anhang unter Bezugnahme auf § 286 HGB im folgenden Punkt eingeschränkt:

Die in § 285 Nr. 9 Buchstabe a HGB verlangten Angaben über die Gesamtbezüge des Geschäftsführers sind zu Recht gemäß § 286 Abs. 4 HGB unterlassen worden, da sich anhand dieser Angaben die Bezüge eines Mitglieds dieses Organs feststellen ließen.

### **5.3. Lagebericht**

Der Lagebericht entspricht in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Vorschriften.

## **6. Gesamtaussage des Jahresabschlusses**

Der Jahresabschluss der Nickelhütte Aue GmbH zum 30. Juni 2024 vermittelt insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage (§ 321 Abs. 2 Satz 3 HGB).

Folgende Bewertungsgrundlagen haben einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Nickelhütte Aue GmbH:

Zwischen der Gesellschaft und der GMB Deutsche Magnetwerke GmbH (kurz: GMB GmbH) ist am 31. März 2016 ein Darlehensvertrag zur Stärkung der Liquidität der Beteiligungs-gesellschaft geschlossen worden. Der Darlehensgesamtbetrag beläuft sich auf 700 TEUR. In den Vorjahren sind Auszahlungen in Höhe von insgesamt 650 TEUR erfolgt, die auf



50 TEUR abgewertet worden sind. Im Geschäftsjahr 2023/2024 sind weitere 50 TEUR ausgezahlt worden, sodass das Darlehen einen Saldo von 100 TEUR aufgewiesen hat. Dieser ist anschließend auf einen Erinnerungswert von 1,00 EUR abgewertet worden.

Das bei der Vorratsbewertung angewendete Lifo Verbrauchsfolgeverfahren gemäß § 256 HGB hat zu einem Bewertungsunterschied zu Marktpreisen in Höhe von 111 TEUR (Vorjahr 232 TEUR) geführt.

Die Rückstellung für den Erfüllungsrückstand der ausstehenden Aufbereitung von Recyclingrohstoffen (1.774 TEUR; Vorjahr 2.248 TEUR) wird anhand einer Vollkostenrechnung ermittelt. Hierzu werden die ausstehenden Kosten für die Entsorgung der bis zum Bilanzstichtag übernommenen Materialien anhand der zu erwartenden Bearbeitungskosten bewertet. Dies erfolgt unter der Annahme, dass die Materialien im Folgejahr bearbeitet werden.

Die Rückstellung für Altlastensanierung (1.360 TEUR; Vorjahr 1.362 TEUR) beinhaltet den Kostenanteil, den die Gesellschaft bei den noch ausstehenden Sanierungsmaßnahmen von chemisch belastetem Erdreich zu tragen hat. Ein darüberhinausgehender Kostenanteil von 90 % wird vom Land Sachsen getragen. Bei der Bewertung orientiert sich die Gesellschaft an den bislang vorliegenden Kostengutachten über die ausstehenden Sanierungsmaßnahmen, die in der Vergangenheit in umfangreichen Erhebungen der Schadstoffbelastungen der Firmengrundstücke erarbeitet worden sind.

Gegenüber dem Vorjahresabschluss zum 30. Juni 2023 hat es keine Änderungen bei den Bewertungsgrundlagen und keine sachverhaltsgestaltenden Maßnahmen mit wesentlichem Einfluss auf die Gesamtaussage des Jahresabschlusses, d. h. auf das vom Jahresabschluss vermittelte Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, gegeben.

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft ergibt sich mit hinreichender Klarheit aus dem Jahresabschluss (**Anlagen 1 bis 3**), da die Angaben entsprechend § 321 Abs. 2 Satz 5 HGB bereits im Anhang enthalten sind, und dem Lagebericht (**Anlage 4**).



## 7. Schlussbemerkung

Den vorstehenden Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 30. Juni 2024 (Bilanzsumme 187.276.889,42 EUR; Jahresüberschuss 9.744.385,61 EUR) und des Lageberichts für das Geschäftsjahr 2023/2024 der Nickelhütte Aue GmbH haben wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten (IDW PS 450 n. F. (10.2021)) erstattet.

Duisburg, den 28. Oktober 2024



PKF Fasselt  
Partnerschaft mbB  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft  
Steuerberatungsgesellschaft  
Rechtsanwälte

Müller-Kemler  
Qualifizierte Signatur

Hegmanns  
Qualifizierte Signatur

Müller-Kemler  
Wirtschaftsprüfer

Hegmanns  
Wirtschaftsprüfer

# **ANLAGEN**

Nickelhütte Aue GmbH

Aue-Bad Schlema

(Amtsgericht Chemnitz / HRB 143)

Bilanz zum 30. Juni 2024

Aktivseite	Vorjahr		Passivseite	Vorjahr	
	EUR	EUR		EUR	EUR
<b>A. Anlagevermögen</b>			<b>A. Eigenkapital</b>		
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>			I. Stammkapital	1.176.000,00	1.176.000,00
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	335.125,24	299.052,67	II. Kapitalrücklage	27.176,00	27.176,00
	335.125,24	299.052,67	III. Gewinnrücklagen	862.410,02	862.410,02
<b>II. Sachanlagen</b>			IV. Gewinnvortrag	150.548.609,20	136.790.464,76
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	13.401.114,36	13.912.838,94	V. Jahresüberschuss	9.744.385,61	13.758.144,44
2. Technische Anlagen und Maschinen	8.427.343,85	9.624.697,11			
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	9.600.956,29	10.014.811,31			
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	8.865.784,38	5.981.148,68			
	40.295.198,88	39.533.496,04			
<b>III. Finanzanlagen</b>			<b>B. Sonderposten für Investitionszuschüsse</b>		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	1,00	1,00			
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	1,00	50.001,00			
3. Geschäftsguthaben bei Genossenschaften	2.000,00	2.000,00			
	2.002,00	52.002,00			
	<b>40.632.326,12</b>	<b>39.884.550,71</b>			
<b>B. Umlaufvermögen</b>			<b>C. Rückstellungen</b>		
<b>I. Vorräte</b>			1. Steuerrückstellungen	2.655.000,00	936.000,00
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	55.948.823,36	71.060.636,07	2. Sonstige Rückstellungen	10.435.833,58	12.978.273,05
2. Unfertige Erzeugnisse	4.975.777,32	6.414.635,54			
3. Fertige Erzeugnisse und Waren	18.836.510,61	20.049.238,05			
4. Geleistete Anzahlungen	802.351,67	1.165.324,57			
	80.563.462,96	98.689.834,23			
<b>II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</b>			<b>D. Verbindlichkeiten</b>		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	26.297.105,66	28.459.106,44	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00	1.756.468,04
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	54.008,46	25.670,08	2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	188.124,08	331.202,77
3. Forderungen gegen Gesellschafter	22.257.153,49	11.390.826,20	3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	9.911.790,26	10.684.819,68
4. Sonstige Vermögensgegenstände	6.007.996,28	2.832.298,25	4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0,00	17.388,33
	54.616.263,89	42.707.900,97	5. Sonstige Verbindlichkeiten	1.512.069,36	4.387.761,02
<b>III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten</b>	11.191.907,99	2.386.610,43			
	<b>146.371.634,84</b>	<b>143.784.345,63</b>			
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>272.928,46</b>	<b>270.032,84</b>			
	<b>187.276.889,42</b>	<b>183.938.929,18</b>			

**Nickelhütte Aue GmbH**

Aue-Bad Schlema

**Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Juli 2023 bis 30. Juni 2024**

	EUR	Vorjahr EUR
<b>1. Umsatzerlöse</b>	221.207.337,97	273.236.363,75
2. Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-2.651.585,66	-1.433.442,76
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	349.358,85	337.421,25
4. Sonstige betriebliche Erträge	967.227,81	1.388.248,51
<b>5. Materialaufwand</b>		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-157.083.429,02	-193.495.915,97
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-2.215.161,01	-2.212.988,44
	<b>-159.298.590,03</b>	<b>-195.708.904,41</b>
<b>6. Personalaufwand</b>		
a) Löhne und Gehälter	-24.882.076,33	-25.240.602,84
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung 102.111,19 EUR (Vorjahr 97.266,64 EUR)	-5.209.693,10	-4.857.937,48
	<b>-30.091.769,43</b>	<b>-30.098.540,32</b>
<b>7. Abschreibungen</b>		
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-5.220.125,58	-5.802.183,05
<b>8. Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>	<b>-17.294.701,48</b>	<b>-22.479.013,71</b>
<b>9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge</b>	<b>987.354,73</b>	<b>156.117,63</b>
davon aus verbundenen Unternehmen 809.052,90 EUR (Vorjahr 19.388,89 EUR)		
<b>10. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens</b>	<b>-100.000,00</b>	<b>0,00</b>
<b>11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen</b>	<b>-102.049,60</b>	<b>-64.218,55</b>
<b>12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag</b>	<b>1.110.761,50</b>	<b>-5.651.995,67</b>
<b>13. Ergebnis nach Steuern</b>	<b>9.863.219,08</b>	<b>13.879.852,67</b>
<b>14. Sonstige Steuern</b>	<b>-118.833,47</b>	<b>-121.708,23</b>
<b>15. Jahresüberschuss</b>	<b>9.744.385,61</b>	<b>13.758.144,44</b>

**Anhang der Nickelhütte Aue GmbH, Aue-Bad Schlema,  
für das Geschäftsjahr 2023/2024**

**A. Angaben zur Identifikation der Gesellschaft laut Registergericht**

Firmenname: Nickelhütte Aue GmbH  
Sitz: Aue-Bad Schlema  
Registergericht: Amtsgericht Chemnitz  
Registernummer: HRB 143

**B. Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss**

Die Gesellschaft ist nach den Größenmerkmalen gemäß § 267 Abs. 3 HGB eine große Kapitalgesellschaft.

Der Anhang ist nach den Vorschriften der §§ 284 ff. HGB aufgestellt.

Der Jahresabschluss wurde gemäß §§ 242 ff. und 264 ff. HGB sowie den einschlägigen Vorschriften des GmbHG aufgestellt.

**C. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden**

Bei der Bilanzierung und Bewertung sind die Vorschriften des HGB für große Kapitalgesellschaften angewandt worden.

Darstellung, Gliederung, Ansatz und Bewertung des Jahresabschlusses entsprechen den Vorjahresgrundsätzen.

Die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt nach dem Gesamtkostenverfahren.

Die angewandten Bilanzierungs-, Bewertungs- und Abschreibungsmethoden berücksichtigen alle erkennbaren Risiken; sie sind im Einzelnen bei der Erläuterung der Bilanzposten dargestellt.

Die **immateriellen Vermögensgegenstände** werden, soweit entgeltlich erworben, zu Anschaffungskosten aktiviert und überwiegend über längstens drei Jahre abgeschrieben.

Das **Sachanlagevermögen** ist zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten - vermindert um planmäßige, nutzungsbedingte Abschreibungen - bewertet. Fabrik, Geschäfts- und Wohngebäude werden über längstens 40 Jahre, technische Anlagen und Maschinen über längstens 20 Jahre, andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung überwiegend über fünf Jahre abgeschrieben. Das Sachanlagevermögen wird linear abgeschrieben.

Außerplanmäßige Abschreibungen auf die immateriellen Vermögensgegenstände sowie Sachanlagevermögen werden vorgenommen, soweit der Ansatz mit einem niedrigeren Wert erforderlich ist.

Öffentliche Investitionszuschüsse sind nicht von den Anschaffungs-/Herstellungskosten abgesetzt, sondern als Sonderposten für Zuwendungen/Investitionszuschüsse ausgewiesen, die über die Nutzungsdauer der geförderten Wirtschaftsgüter aufgelöst werden.

Die **Anteile sowie Ausleihungen an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen** sind zu Anschaffungskosten oder zu niedrigeren beizulegenden Werten bewertet.

Die **Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe** sind zu Einstandspreisen bzw. niedrigeren Wiederbeschaffungskosten am Abschlussstichtag bewertet. Bei den metallischen Rohstoffen wurde zur Bewertung das Verbrauchsfolgeverfahren (Perioden Lifo) angewendet.

Die Herstellungskosten der **fertigen und unfertigen Erzeugnisse** wurden unter Berücksichtigung des Fertigungsgrades durch Zuschläge zu den Materialeinzelkosten ermittelt. Die Zuschläge umfassen Fertigungslöhne, Material- und Fertigungsgemeinkosten sowie den Werteverzehr des Anlagevermögens in der Fertigung. Einzelrisiken wurde bei der Bewertung Rechnung getragen.

**Geleistete Anzahlungen** auf Vorräte werden zu Anschaffungskosten oder zum niedrigeren beizulegenden Wert bewertet.

Die **Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände** sind grundsätzlich zu Nominalwerten angesetzt, wobei auf Lieferforderungen neben notwendigen Einzelwertberichtigungen eine Pauschalwertberichtigung vorgenommen wurde. Fremdwährungsforderungen sind zum Devisenkassamittelkurs bewertet.

Die **Kassenbestände und Guthaben bei Kreditinstituten** werden zum Nominalwert erfasst.

Die **Rückstellungen** berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen auf der Grundlage einer vorsichtigen kaufmännischen Beurteilung mit dem notwendigen Erfüllungsbetrag. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden nach der RückAbzinsV entsprechend abgezinst.

Die **Verbindlichkeiten** sind mit den jeweiligen Erfüllungsbeträgen passiviert.

**Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten** mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr werden zum Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag umgerechnet. Bei Wechselkursänderungen bis zum Bilanzstichtag erfolgt die Bewertung grundsätzlich zum Wechselkurs des Bilanzstichtags, unter Beachtung des Niederstwertprinzips auf der Aktiv- und des Höchstwertprinzips auf der Passivseite.

**Latente Steuern** werden insbesondere für zeitliche Unterschiede zwischen handelsrechtlichen und steuerrechtlichen Wertansätzen von sonstigen Rückstellungen ermittelt. Eine sich insgesamt ergebende Steuerbelastung würde in der Bilanz als passive latente Steuern angesetzt werden. Zum 30. Juni 2024 ergab sich ein Überhang an aktiven latenten Steuern.

Dieser wurde in Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht aktiviert.

**Aufwendungen und Erträge** werden auf das Geschäftsjahr abgegrenzt.

## **D. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung**

### **I. Bilanz**

#### **1. Anlagevermögen**

Die gesondert dargestellte Entwicklung der Anschaffungs- oder Herstellungskosten sowie der Wertberichtigungen aller Positionen des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2023/2024 sind integraler Bestandteil des Anhangs.

#### **2. Vorräte**

Das bei der Vorratsbewertung angewendete LIFO Verbrauchsfolgeverfahren gemäß § 256 HGB führte zu einem Bewertungsunterschied zu Marktpreisen in Höhe von 111 TEUR (i. V. 232 TEUR).

#### **3. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände**

Es bestehen Forderungen gegen die Gesellschafterin Siegfried Jacob Metallwerke GmbH & Co. KG, Ennepetal, in Gesamthöhe von 22.257 TEUR (i. V. 11.391 TEUR). Diese resultieren in Höhe von 4.257 TEUR (i. V. 1.338 TEUR) aus Lieferungen und Leistungen sowie in Höhe von 18.000 TEUR (i. V. 10.053 TEUR) aus einem gewährten Darlehen.

Gegen die verbundenen Unternehmen GMB Deutsche Magnetwerke GmbH bestehen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 53 TEUR (i. V. 21 TEUR) und gegen die Jacomij Metalen B.V. in Höhe von 1 TEUR (i. V. 5 TEUR).

Alle Forderungen haben eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr.

#### **4. Sonderposten für Investitionszuschüsse**

Der Ausweis betrifft einerseits einen Investitionszuschuss der Sächsischen Aufbaubank, Dresden, der im Rahmen eines regionalen Förderprogramms des Freistaates Sachsen mit ursprünglich 12,9 Mio. EUR im Jahr 1996 gemäß § 247 Abs. 3 i. V. m. § 273 HGB gebildet wurde.

Andererseits wurde nach den Hochwasserschäden vom August 2002 ein Zuschuss zur Wiederbeschaffung von Sachanlagegütern gewährt. Für sämtliche im Rahmen der Ersatzmaßnahmen angeschafften Wirtschaftsgüter wurde ein Sonderposten in Höhe von 50 % der Anschaffungskosten gebildet.

Die Auflösung erfolgt jährlich entsprechend der in Anspruch genommenen Abschreibungen der geförderten Anlagegüter: Investitionszuschuss 1 TEUR, Hochwasserzuschuss 16 TEUR.

## 5. Rückstellungen

Die **Steuerrückstellungen** in Höhe von 2.655 TEUR betreffen Gewerbesteuer (1.360 TEUR), Körperschaftsteuer (1.229 TEUR) sowie Solidaritätszuschlag (66 TEUR).

Die sonstigen Rückstellungen enthalten im Wesentlichen Beträge für Altlastensanierung i. H. v. 1.360 TEUR (i. V. 1.362 TEUR), für ausstehende Rechnungen i. H. v. 2.477 TEUR (i. V. 4.693 TEUR), für Abwasserbeiträge i. H. v. 475 TEUR (i. V. 475 TEUR), für die Aufbereitung von Recyclingrohstoffen i. H. v. 1.774 TEUR (i. V. 2.248 TEUR), für Drohverluste aus Warentermingeschäften i. H. v. 171 TEUR (i. V. 6 TEUR), für unterlassene Instandhaltung i. H. v. 700 TEUR (i. V. 700 TEUR), für den Personalbereich (ausstehender Urlaub, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld, Jubiläum, Tantiemen und Personalabgaben) i. H. v. 3.161 TEUR (i. V. 3.244 TEUR), für Berufsgenossenschaftsbeiträge i. H. v. 94 TEUR (i. V. 75 TEUR) sowie Übrige i. H. v. 224 TEUR (i. V. 176 TEUR).

## 6. Verbindlichkeiten

Bei den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen bestehen branchenübliche Eigentumsvorbehalte.

Es bestehen keine Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen aus Lieferungen und Leistungen (i. V. 17 TEUR).

Es bestehen keine Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin Siegfried Jacob Metallwerke GmbH & Co. KG, Ennepetal.

Die sonstigen Verbindlichkeiten enthalten Verbindlichkeiten aus Steuern in Höhe von 405 TEUR (i. V. 2.393 TEUR) sowie Verbindlichkeiten im Rahmen der sozialen Sicherheit in Höhe von 0 TEUR (i. V. 130 TEUR).

Alle Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

## II. Gewinn- und Verlustrechnung

### 1. Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse verteilen sich auf folgende Erzeugnisse und Märkte:

	2023/2024			2022/2023		
	Inland	Ausland	Gesamt	Inland	Ausland	Gesamt
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Produktion	51.137	58.197	109.334	55.741	75.565	131.306
Metallwirtschaft	72.819	25.719	98.538	90.248	32.871	123.119
Übrige	10.926	2.530	13.456	16.804	2.232	19.036
	134.882	86.446	221.328	162.793	110.668	273.461
Erlösschmälerungen	-93	-28	-121	-188	-37	-225
	134.789	86.418	221.207	162.605	110.631	273.236

### 2. Andere aktivierte Eigenleistungen

Die Position beinhaltet die bewertete Arbeitszeit der eigenen Handwerker zur Erstellung von im Sachanlagevermögen ausgewiesenen Maschinen und technischen Anlagen.

### 3. Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse in Höhe von 17 TEUR.

Erträge aus Kursdifferenzen bestehen in Höhe von 71 TEUR (i. V. 947 TEUR).

Periodenfremde Erträge bestehen in Höhe von 233 TEUR (i.V. 108 TEUR), die im Wesentlichen aus Erträgen von Anlagenverkäufen in Höhe von 196 TEUR (i. V. 86 TEUR) sowie aus Versicherungserstattungen in Höhe von 30 TEUR (i. V. 11 TEUR) resultieren.

#### **4. Abschreibungen**

Im Geschäftsjahr 2023/2024 erfolgten planmäßige Abschreibungen in Höhe von insgesamt 5.220 TEUR.

#### **5. Sonstige betriebliche Aufwendungen**

Wesentliche periodenfremde Aufwendungen ergaben sich im Berichtszeitraum in Höhe von 135 TEUR (i. V. 74 TEUR). Diese resultieren aus der Zuführung von Wertberichtigungen in Höhe von 30 TEUR (i. V. 67 TEUR), aus Forderungsverlusten in Höhe von 25 TEUR (i. V. 7 TEUR) und Aufwendungen, die sich aus der letzten Betriebsprüfung ergeben haben, in Höhe von 80 TEUR.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten Aufwendungen aus der Währungsumrechnung in Höhe von 41 TEUR (i. V. 407 TEUR).

#### **6. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag**

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag beinhalten im Wesentlichen Aufwendungen für Gewerbesteuer (1.207 TEUR), Körperschaftsteuer (1.343 TEUR) sowie Solidaritätszuschlag (73 TEUR) des Geschäftsjahres 2023/2024 und Erstattungen für das Geschäftsjahr 2022/2023 in Höhe von 3.734 TEUR.

#### **E. Sonstige Angaben**

##### **1. Beschäftigte**

Die durchschnittliche Beschäftigtenzahl betrug:

	2023/2024	2022/2023
	Anzahl	Anzahl
Angestellte	140	134
Arbeiter	328	331
	468	465

**2. Angaben zu derivativen Finanzinstrumenten, Haftungsverhältnissen und sonstigen finanziellen Verpflichtungen**

**Haftungsverhältnisse**

Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten bestanden zum Bilanzstichtag in folgender Höhe:

Haftung für verbundene Unternehmen:

Art der Besicherung	Wert der Sicherheit TEUR	Besicherter Betrag TEUR
Mithaft	23.684	23.684

Aufgrund der wirtschaftlichen Situation und der Zukunftsaussichten der Muttergesellschaft Siegfried Jacob Metallwerke GmbH & Co. KG ist gegenwärtig mit einer Inanspruchnahme nicht zu rechnen.

Als **derivative Finanzierungsinstrumente** werden Waren- sowie Devisentermingeschäfte zur Steuerung des Währungs- und Börsenpreisrisikos eingesetzt.

Zum Bilanzstichtag bestanden folgende derivative Finanzpositionen:

	Nominalbetrag 30.06.2024 TEUR	Marktwert 30.06.2024 TEUR	Bilanzposition
Waretermingeschäfte Verkauf	14.632	+743 171	Rückstellungen

Sonstige finanzielle Verpflichtungen aus Leasingverträgen bestehen in Höhe von 1.112 TEUR.

### 3. Anteilsbesitz

Der gemäß § 285 Nr. 11 HGB angabepflichtige Anteilsbesitz der Gesellschaft ergibt sich aus der nachstehenden Übersicht:

	Gezeichnetes Kapital EUR	Besitz- anteil EUR	Anteils- besitz v. H.		Eigenkapital 30.06.2024 EUR	Beteiligungs- buchwert EUR	Ergebnis 2024 EUR
Anteil am verbundenen Unternehmen: GMB GmbH	25.000,00	25.000,00	100,0	21.03.2016	0,00	1,00	-68.958,03

### 4. Geschäftsführung

- Herr Henry Sobieraj, Diplom Wirtschaftsingenieur (FH), Aue-Bad Schlema

Auf die Angabe der Bezüge des Geschäftsführers wird mit Hinweis auf § 285 Nr. 9a i. V. m. § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Mit Wirkung zum 1. Dezember 2002 wurde dem Geschäftsführer ein Darlehen in Höhe von 100 TEUR gewährt. Zum Bilanzstichtag besteht ein Restsaldo in Höhe von 0 TEUR, da das Darlehen am 7. Dezember 2023 vollständig zurückgezahlt wurde und damit erloschen ist. Bis dahin wurde es mit einem marktüblichen Jahreszins in Höhe von zuletzt 5,25 % verzinst.

### 5. Angabe gemäß § 285 Nr. 17 HGB

Das Honorar für Leistungen des Abschlussprüfers beträgt für die Prüfung des Jahresabschlusses 31 TEUR.

### 6. Angabe gemäß § 285 Nr. 14 HGB

Die Gesellschaft wird in den Konzernabschluss der Muttergesellschaft Siegfried Jacob Metallwerke GmbH & Co. KG, Ennepetal, die diesen für den größten und kleinsten Kreis von Unternehmen aufstellt, einbezogen. Der Konzernabschluss der Siegfried Jacob Metallwerke GmbH & Co. KG wird im elektronischen Bundesanzeiger offengelegt.

## **7. Ergebnisverwendungsvorschlag**

Der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2023/2024 in Höhe von 9.744.385,61 EUR soll auf dem Gewinnvortragskonto gutgeschrieben werden. Nach Gutschrift ergibt sich dann ein Gewinnvortrag in Höhe von 160.292.994,81 EUR.

## **8. Nachtragsbericht**

Die Risiken aus dem Russland-Ukraine-Konflikt, die sich negativ auf die Geschäftsentwicklung der Gesellschaft auswirken können, werden fortlaufend überwacht. Die wesentliche wirtschaftliche Folge des Russland-Ukraine-Konflikts für die Gesellschaft sowie die gesamte Metallrecycling-Branche sind stark gestiegene Energiepreise, insbesondere bei Erdgas, aber auch bei Elektroenergie und Erdöl-Produkten. Des Weiteren haben sich damit auch Beschaffungsrisiken vergrößert, sodass die zur Produktion benötigten Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe nicht oder nicht in ausreichendem Maß in der erforderlichen Qualität und Quantität zur Verfügung stehen oder nicht reibungslos beschafft werden können. Mögliche negative Auswirkungen auf die geschäftliche Entwicklung werden eng beobachtet, können jedoch derzeit noch nicht abschließend bewertet werden.

Aue-Bad Schlema, 28. Oktober 2024

gez. Henry Sobieraj  
(Geschäftsführer)

Nickelhütte Aue GmbH  
Aue-Bad Schlema

## Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2023/2024

	Anschaffungs- / Herstellungskosten					Abschreibungen				Bilanzwerte	
	Wert 01.07.2023 EUR	Zugang EUR	Abgang EUR	Umbuchung EUR	Wert 30.06.2024 EUR	Wert 01.07.2023 EUR	Zugang EUR	Abgang EUR	Wert 30.06.2024 EUR	30.06.2024 EUR	30.06.2023 EUR
	1. Immaterielle Vermögensgegenstände										
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizzenzen an solchen Rechten und Werten	1.041.380,19	58.230,00	0,00	93.189,44	1.192.799,63	742.327,52	115.346,87	0,00	857.674,39	335.125,24	299.052,67
2. Geleistete Anzahlungen	0,00	93.189,44	0,00	-93.189,44	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	1.041.380,19	151.419,44	0,00	0,00	1.192.799,63	742.327,52	115.346,87	0,00	857.674,39	335.125,24	299.052,67
<b>II. Sachanlagen</b>											
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	30.895.546,42	68.400,73	106.830,08	222.152,52	31.079.269,59	16.982.707,48	722.587,43	27.139,68	17.678.155,23	13.401.114,36	13.912.838,94
2. Technische Anlagen und Maschinen	66.034.051,79	0,00	406.469,29	474.507,76	66.102.090,26	56.409.354,68	1.671.859,00	406.467,27	57.674.746,41	8.427.343,85	9.624.697,11
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	30.797.667,27	1.963.109,19	585.212,93	360.053,46	32.535.616,99	20.782.855,96	2.710.332,28	558.527,54	22.934.660,70	9.600.956,29	10.014.811,31
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	5.981.148,68	3.964.689,44	23.340,00	-1.056.713,74	8.865.784,38	0,00	0,00	0,00	0,00	8.865.784,38	5.981.148,68
	133.708.414,16	5.996.199,36	1.121.852,30	0,00	138.582.761,22	94.174.918,12	5.104.778,71	992.134,49	98.287.562,34	40.295.198,88	39.533.496,04
<b>III. Finanzanlagen</b>											
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	533.285,00	0,00	0,00	0,00	533.285,00	533.284,00	0,00	0,00	533.284,00	1,00	1,00
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	670.001,00	50.000,00	20.000,00	0,00	700.001,00	620.000,00	100.000,00	20.000,00	700.000,00	1,00	50.001,00
3. Geschäftsguthaben bei Genossenschaften	2.000,00	0,00	0,00	0,00	2.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2.000,00	2.000,00
	1.205.286,00	50.000,00	20.000,00	0,00	1.235.286,00	1.153.284,00	100.000,00	20.000,00	1.233.284,00	2.002,00	52.002,00
	<b>135.955.080,35</b>	<b>6.197.618,80</b>	<b>1.141.852,30</b>	<b>0,00</b>	<b>141.010.846,85</b>	<b>96.070.529,64</b>	<b>5.320.125,58</b>	<b>1.012.134,49</b>	<b>100.378.520,73</b>	<b>40.632.326,12</b>	<b>39.884.550,71</b>

**Lagebericht der Nickelhütte Aue GmbH, Aue-Bad Schlema,  
für das Geschäftsjahr 2023/2024**

**A. Geschäftsverlauf**

Aufgrund der vielfältigen Produktionsfelder der Nickelhütte Aue GmbH (kurz: NHA), die sich von der Herstellung von NE-Metallen, Legierungen und Salzen über das Recycling verschiedenster metallhaltiger Materialien bis hin zur Erzeugung und dem Vertrieb von Energie in diversen Formen erstrecken, ist eine Zuordnung des Gesamtunternehmens zu einer einzelnen Branche nicht ohne Weiteres möglich. Das Unternehmen gehört der verarbeitenden Industrie an, schwerpunktmäßig rechnen wir uns der Nichteisen-Metallindustrie zu.

Trotz deutlich schwierigerer wirtschaftlicher Rahmenbedingungen im Vergleich zu den Vorjahren kann die Nickelhütte Aue GmbH auch im Geschäftsjahr 2023/24 auf ein insgesamt erfolgreiches Jahr zurückblicken. Der erreichte Jahresüberschuss von 9,7 M€ ist erfreulich, insbesondere angesichts der besonderen Herausforderungen, denen sich das Unternehmen stellen musste und wohl weiterhin wird stellen müssen.

Vor allem in der ersten Geschäftsjahreshälfte kam es zum Börsenpreisverfall einiger für das Unternehmen relevanter Nichteisenmetalle (Nickel, Vanadium, Kobalt), was auch die Verkaufspreise unserer Produkte fallen ließ und in verschiedenen Produktsegmenten die erreichbaren Margen schmälerte.

Des Weiteren befindet sich Deutschland derzeit in einer Wirtschaftskrise, welche inzwischen weite Teile der Industrie erfasst hat und deren Auswirkungen auch für die NHA zunehmend spürbar werden. Zwar kann die Nachfrage nach den Produkten und Recyclingdienstleistungen unseres Unternehmens im Berichtsjahr als insgesamt befriedigend eingeschätzt werden, bei manchen Produkten ist sie sogar noch als sehr gut zu bezeichnen, allerdings haben sich in einigen Geschäftsbereichen die bereits seit dem Vorjahr bestehenden Absatzprobleme noch verschärft, insbesondere bei bestimmten Chemikalien unseres Sortiments. Wichtige Kunden, darunter auch große Konzerne, haben ihre Produktion für bestimmte Waren reduziert, teilweise sogar stillgelegt oder in das Ausland verlagert und fragen nun bestimmte Produkte auch bei uns deutlich seltener und /oder in geringeren Mengen nach.

Auch bei der Verfügbarkeit von Rohstoffen und industriellen Reststoffressourcen macht sich die Wirtschaftskrise mittlerweile bemerkbar, sodass der Zulauf in manchen Bereichen nicht mehr so kontinuierlich und kalkulierbar war wie in den Vorjahren. Bei der Verfügbarkeit von Hilfs- und

Betriebsstoffen und bei Bau- und Installationsmaterialien hingegen setzte sich der positive Trend des Vorjahres weiter fort, wenngleich sich die Lage bei einigen Waren immer noch nicht komplett entspannt hat.

Die bereits im Vorjahr ausgelaufene Covid19-Pandemie hatte keine Auswirkungen mehr auf den Geschäftsbetrieb.

## **B. Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft**

### **1. Ertragslage**

Trotz der oben genannten Herausforderungen hat sich die Nickelhütte Aue GmbH auch im Geschäftsjahr 2023/24 positiv weiterentwickelt, erfolgreich am Markt behauptet und ihre Marktposition insgesamt weiter gefestigt.

Die Umsatzerlöse sanken mit 221,2 M€ relativ deutlich unter den Wert des Vorjahres von 273,2 M€ (-19,0 %), was vor allem auf das bereits erwähnte sinkende Preisniveau der für das Unternehmen relevanten Nichteisen-Metalle zurückzuführen ist.

Innerhalb unserer Produktionsbereiche hat der Bereich Metallmanagement und -bewirtschaftung mit mechanischer Be- und Verarbeitung mit 98,6 M€ weiterhin den größten Umsatzanteil, die Umsatzerlöse lagen aber deutlich unter dem Vorjahresniveau (123,1 M€). Neben der Metallpreisentwicklung hat hierzu auch ein konjunkturell bedingter Rückgang der mengenmäßigen Absätze um ca. 10 % beigetragen. Auch in fast allen anderen Unternehmensbereichen mussten sinkende Umsatzerlöse verzeichnet werden. Umsatzsteigerungen konnten nur in den Abteilungen Traforecycling (+32 %) und Legierungsschmelze (+5,7 %), aufgrund teils deutlich gestiegener Verkaufsmengen erzielt werden.

Im chemisch-metallurgischen Bereich war die Röstanlage weiterhin die umsatzstärkste Abteilung. Obwohl die Verkaufsmenge um 10 % gestiegen ist, verringerte sich ihr Umsatz gegenüber dem Vorjahr jedoch um 17,2 % auf 39,3 M€ (Vorjahr 47,5 M€). Die Umsatzerlöse des Schmelzbetriebes fielen sogar um 28 % (-5,3 M€) auf 13,8 M€ bei ungefähr gleichbleibenden Absatzmengen. Auch die chemischen Abteilungen mussten fast ausnahmslos Umsatzrückgänge ausweisen.

Mit der Verminderung des Gesamtumsatzes des Unternehmens im Geschäftsjahr 2023/24 sank auch die Gesamtleistung von 272,1 M€ auf 218,9 M€ und betrug damit 19,6% weniger als im

Vorjahr (272,1 M€). Die Bestände an fertigen und unfertigen Erzeugnissen verringerten sich um 2,7 M€.

Der Rohertrag lag mit 60,6 M€ deutlich unter dem Vorjahresniveau (77,8 M€). Die Rohertragsquote verminderte sich leicht von 28,6 % auf 27,7 %. Dies liegt im Wesentlichen an den Aufwendungen für Rohstoffe, da das eingesetzte Grundmaterial gegenüber der sinkenden Börsenpreisentwicklung noch verhältnismäßig hohe Anschaffungskosten hatte.

Bei den Aufwendungen für Betriebsstoffe zeigte sich hingegen eine Entspannung. Insbesondere der Aufwand für Erdgas verringerte sich gegenüber dem Vorjahr deutlich, als der Erdgaspreis ein Allzeithoch erreicht hatte. Neben der inzwischen wieder erfolgten Verbilligung des Erdgases sind auch getroffene Maßnahmen zur Verbrauchsreduzierung für den Aufwandsrückgang ursächlich. Erdgas ist für unser Unternehmen der Hauptenergieträger und wird als Brennstoff für pyrometallurgische Produktionsprozesse und zur Eigenerzeugung von Elektroenergie verwendet.

Für Betriebsstoffe mussten im Berichtsjahr 8,6 M€ aufgewendet werden, was einer Verminderung gegenüber dem Vorjahr (16,1 M€) um 45 % entspricht.

Trotz der Reduzierung der Erdgaspreise lagen die Energiekosten des Unternehmens auch zum Ende des Berichtsjahres noch deutlich über dem langjährigen Niveau, mit einer weiteren Reduzierung kann kaum gerechnet werden. Insgesamt ist Energie am Produktionsstandort Deutschland deutlich teurer als in den meisten europäischen Ländern und erst recht im außereuropäischen Vergleich.

Die Aufwendungen für Hilfsstoffe sanken ebenfalls, hier betrug der Aufwand 3,1 M€, im Vorjahr waren es noch 4,9 M€.

Der Personalaufwand blieb im Vergleich zum Vorjahr unverändert bei 30,1 M€, bei einer insgesamt ebenfalls stabilen Beschäftigtenzahl.

Die Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände verminder-ten sich von 5,8 M€ im Vorjahr auf 5,2 M€.

Im Rahmen der kaufmännischen Vorsicht wurden zudem Abschreibungen auf Finanzanla- gen vorgenommen zur Wertberichtigung von an die Tochtergesellschaft GMB Deutsche Magnetwerke ausgegebenen Darlehensmitteln in Höhe von 100 T€.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen des Unternehmens reduzierten sich gegenüber dem Vorjahr ebenfalls und beliefen sich auf 17,3 M€ gegenüber 22,5 M€ im Vorjahr. Zu dieser Entwicklung trugen insbesondere die um 3,5 M€ gesunkenen Reparatur- und Instandhaltungskosten bei, ferner auch niedrigere Frachtkosten und sonstige Aufwendungen.

Das Jahresergebnis vor Steuern beläuft sich auf 8,8 M€, was gegenüber dem Vorjahr (19,5 M€) einer Verringerung um rd. 55 % entspricht.

Aufgrund von Steuererträgen resultierend aus der steuerlichen Geltendmachung von Forderungsverlusten bei der EFS Erzgebirgische Fluss- und Schwerspatwerke GmbH (EFS) in Höhe von 3,7 M€ weist die Position Steuern vom Einkommen und Ertrag einen positiven Saldo aus. Die Forderungsverluste sind entstanden in der Zeit, als die Nickelhütte Aue noch Gesellschafter der EFS war, und wurden seinerzeit handelsbilanziell bereits wertberichtet.

Der Jahresüberschuss des Unternehmens von 9,7 M€ liegt damit über dem Ergebnis vor Steuern. Im Vorjahr betrug der Jahresüberschuss 13,8 M€.

Trotz des genannten steuerlichen Sondereffektes, welcher im Berichtsjahr den Jahresüberschuss positiv beeinflusst hat, sehen wir das Jahresergebnis weiterhin als zur Beurteilung der Geschäftsentwicklung geeigneten Leistungsindikator an.

Vor einem Jahr sind wir für das nunmehr abgelaufene Geschäftsjahr noch vom Erreichen eines Jahresüberschusses von 5-7 M€ ausgegangen, diese Erwartungen wurden insgesamt erfüllt.

Unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, insbesondere auch der derzeitigen konjunkturellen Schwierigkeiten, sind wir mit der Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Geschäftsjahr 2023/24 zufrieden.

## **2. Finanzlage**

Das gute Jahresergebnis und eine bilanzielle Eigenkapitalquote von über 80 % erlauben eine weitgehende finanzielle Unabhängigkeit der Gesellschaft und einen hohen Grad der Selbstfinanzierung.

So konnten die in Sachanlagen und immaterielle Wirtschaftsgüter vorgenommenen Investitionen in Höhe von 6,1 M€ vollständig ohne Inanspruchnahme fremder Mittel finanziert werden. Die Investitionen verliefen planmäßig und waren notwendig, um den weiteren erfolgreichen Geschäftsverlauf zu gewährleisten.

Finanzierungskosten spielten daher auch im aktuellen Geschäftsjahr nur eine untergeordnete Rolle, da das Unternehmen bestehende Kontokorrentkreditlinien nur temporär und in geringer Höhe in Anspruch nahm und zum Bilanzstichtag keine Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ausweist.

Der positive Cashflow führte im Jahresverlauf zu einer deutlichen Erhöhung der liquiden Mittel des Unternehmens.

Die ausgewiesenen Zinserträge resultieren im Wesentlichen aus ausgereichten Darlehen gegenüber dem Mutterunternehmen Siegfried Jacob Metallwerke GmbH & Co. KG und dem Tochterunternehmen GMB Deutsche Magnetwerke GmbH.

Der Jahresüberschuss liegt bei den oben bereits erwähnten 9,7 M€ und damit ungefähr auf dem langjährigen Durchschnittsniveau. Die herausragenden Ergebnisse der vorhergegangenen drei Geschäftsjahre konnten unter den gegebenen Voraussetzungen indes nicht erreicht werden.

Die geordnete Finanzlage ermöglicht es der Gesellschaft jederzeit, die Zahlungsverpflichtungen fristgerecht zu erfüllen.

### **3. Vermögenslage**

Die Bilanzsumme ist im Berichtsjahr leicht von 183,9 M€ auf 187,3 M€ gestiegen.

Dieser Anstieg basiert auf der Aktivseite im Wesentlichen auf der Erhöhung des Umlaufvermögens von 143,8 M€ auf 146,4 M€. Der Anteil des Umlaufvermögens am Gesamtvermögen blieb dabei unverändert gegenüber dem Vorjahr bei 78,2 %.

Die Forderungen gegen Gesellschafter erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 10,9 M€ auf 22,3 M€, sie bestehen im Wesentlichen aus Darlehensforderungen gegenüber der Muttergesellschaft Siegfried Jacob Metallwerke GmbH & Co.KG. Außerdem erhöhten sich die sonstigen Vermögensgegenstände um 3,2 M€ auf 6,0 M€, was im Wesentlichen auf

Steuerforderungen in Höhe von 3,7 M€ aus der Geltendmachung von Forderungsverlusten zurückzuführen ist. Die Warenvorräte wurden hingegen deutlich von insgesamt 98,7 M€ im Vorjahr auf nunmehr 80,6 M€ reduziert, insbesondere aufgrund einer erheblichen Bestandsminderung an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen von 71,1 M€ auf nun 55,9 M€. Die Reduzierung liegt begründet im gesunkenen Metallpreisniveau, aber auch in insgesamt vermindernten Vorratsmengen.

Die Guthaben bei Kreditinstituten erhöhten sich im Laufe des Geschäftsjahres deutlich um 8,8 M€ auf 11,2 M€.

Die Summe des Anlagevermögens blieb hingegen fast unverändert, Abschreibungen auf Sachanlagen wurden betragsseitig durch neue Investitionen kompensiert.

Die Erhöhung auf der Passivseite resultiert aus dem in Höhe des Jahresüberschusses von 9,7 M€ gestiegenen Eigenkapital. Die Eigenkapitalquote wuchs damit von 83,0 % auf 86,7 %.

Die Gesamtverbindlichkeiten sanken im Berichtsjahr auf 11,6 M€ (Vorjahr 17,2 M€). Gegenüber Kreditinstituten bestanden zum Jahresende keine Verbindlichkeiten mehr (Vorjahr 1,8 M€). Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen verminderten sich nur geringfügig von 10,7 M€ auf 9,9 M€, die sonstigen Verbindlichkeiten etwas deutlicher von 4,4 M€ auf 1,5 M€.

#### 4. Investitionen

Im Rahmen der Neuinvestitionen wurden, neben zahlreichen kleineren Projekten, insbesondere die folgenden Maßnahmen umgesetzt:

- Anlagenbau für die mechanische Bearbeitung von Röstgütern
- Erweiterung von Büroeinheiten im Verwaltungsgebäude
- Umbau der BHKW-Anlage auf H2-Ready

Darüber hinaus wurden verschiedene Investitionsprojekte gestartet oder weitergeführt:

- Aufbereitungsanlage für Produktionsabwasser
- Neubau der Hygienegasabsaugung für die Röstofenanlage

Zur Förderung der Digitalisierung des Unternehmens wurden zudem Projekte zur Erweiterung des ERP-Systems und zur Einführung einer HSE-Software vorangetrieben.

Im laufenden Geschäftsjahr wurden zahlreiche Projekte zur Instandhaltung von Gebäuden, Infrastruktur und Anlagen erfolgreich abgeschlossen. Zu den bedeutenderen Erhaltungsmaßnahmen zählen insbesondere die abgeschlossenen Sanierungsarbeiten zur Bodenabdichtung in einer Produktionshalle der Hydrometallurgie sowie die Sanierung einer Lagerhalle.

Darüber hinaus wurden umfangreiche Instandsetzungsarbeiten am werksinternen Stromnetz durchgeführt, darunter die Erneuerung von Mittelspannungsleitungen und -schaltanlagen. Eine weitere wichtige Maßnahme war die umfassende Großreparatur der Drehrohranlage, die die Sanierung und den Umbau der Nachbrennkammer einschloss. In der Kupferchemie wurden umfassende Sanierungsarbeiten an der Gebäudesubstanz durchgeführt sowie ein Stapelbehälter ausgetauscht. Im Bereich der Legierungsschmelze erfolgte die Sanierung des Kühlwasser- netzes inklusive der Kühltürme. Der kontinuierliche Austausch des Fuhrparks für den internen Werksverkehr wurde ebenfalls fortgesetzt.

Außerdem wurden zahlreiche kleinere Maßnahmen umgesetzt, um den Arbeitsschutz zu verbessern, den Automatisierungsgrad zu erhöhen, die Energie- und Ressourceneffizienz zu steigern und Emissionen zu reduzieren.

## **5. Unternehmensstrategie, Forschung und Entwicklung**

Der Bereich Technologie, Forschung und Entwicklung verfolgt weiterhin die zentralen Unternehmensstrategien:

- Optimierung von Verfahren und rohstoffspezifischen Prozessen zur Kostensenkung
- Entwicklung neuer Verfahren und Technologien zur Diversifizierung des Produkt- und Dienstleistungsportfolios
- Optimierung und Weiterentwicklung von Verfahren zur Steigerung der Energieeffizienz und Recyclingtiefe

Ein zentrales Thema war die Forschung zur Optimierung des Recyclingprozesses von Lithium-Ionen-Batterien aus dem Elektrofahrzeugsektor. Ziel ist es, die Recyclingkapazitäten für Lithium-Ionen-Batterien erheblich zu steigern und neben Kobalt, Nickel und Kupfer auch Lithium in den Recyclingkreislauf zurückzuführen. Hierzu wurden im vergangenen Geschäftsjahr umfangreiche großtechnische Versuche erfolgreich durchgeführt.

Zudem wurden Versuchskampagnen zur Optimierung pyrometallurgischer Prozesse im Hinblick auf das Recycling von Solarmodulen unternommen. Auch Untersuchungen zur mechanischen Aufbereitung von gerösteten Materialien zielen darauf ab, die Recyclingtiefen, -quoten und -kapazitäten weiter zu erhöhen. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse wurden bereits in eine neue Anlage zur mechanischen Bearbeitung von Röstgütern integriert.

Die firmeneigene Verfahrensentwicklung sowie die rasche Implementierung in die Produktion sind bedeutende Stärken der Nickelhütte Aue GmbH. Durch kontinuierliche F&E-Aktivitäten erwarten wir, auch in Zukunft weitere Potenziale zur Kostensenkung und Produktionssteigerung zu erschließen.

Um die internationale Präsenz, Vielfalt, Exzellenz und Größe des Unternehmens im Recyclingmarkt stärker hervorzuheben, wurde im November 2021 die Marke "Jacob Metal Group" (JMG) eingeführt und sowohl national als auch international etabliert. Unter dieser einheitlichen Marke agieren die Unternehmen Siegfried Jacob Metallwerke (SJM), Siegfried Jacob Hamburg (SJH), Jacomij Metalen, Jacomij Electronics, Ireland Alloys und Aciers Inoxydables Spéciaux partnerschaftlich auf dem globalen Recyclingmarkt und erschließen auch gemeinsam neue Geschäftsfelder.

## **6. Corporate Social Responsibility**

Die Zeiten, in denen die Verantwortung von Unternehmen an den Werktoren endete, sind lange vorüber. Heute ist unternehmerische Verantwortung (Corporate Social Responsibility, CSR) ein Synonym für verantwortungsvolles Handeln in allen Bereichen unserer Geschäftstätigkeit – vom Markt und ökologischen Aspekten bis hin zu den Beziehungen zu Mitarbeitern und dem Austausch mit relevanten Anspruchsgruppen. Als Nickelhütte Aue GmbH nehmen wir diese Verantwortung sehr ernst, auch wenn viele Anforderungen derzeit noch nicht gesetzlich verpflichtend sind.

Bereits heute leisten wir einen großen Beitrag zur Ressourcenschonung und zum Klimaschutz. Die Intensivierung einer echten Kreislaufwirtschaft, die nachhaltige Produktion von Recyclingrohstoffen und -produkten sowie die Reduktion unseres CO<sub>2</sub>-Fußabdrucks sind in unserer Unternehmenspolitik fest verankert. Durch das Recycling von NE-Metallen, Edelmetallen und Elektronikschrotten tragen wir jährlich zur Vermeidung von Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> bei. So spielt die Nickelhütte Aue eine wichtige Rolle bei der Verbesserung der Umweltbilanz und dem Erhalt wertvoller Ressourcen.

Unsere Strategie zielt darauf ab, Verarbeitungskapazitäten stetig zu steigern und gleichzeitig die Recyclingquote und Recyclingtiefe zu erhöhen. Da die Recyclingrohstoffe und -produkte im direkten Kreislauf zwischen unseren Auftraggebern und der Nickelhütte verbleiben, reduzieren wir den Transportaufwand erheblich und ermöglichen eine ganzheitliche, effiziente sowie klimaschonende Recyclingdienstleistung.

Für die Jacob Metal Group sowie deren Mitglieder wurde unter anderem ein Code of Conduct erstellt. Dieser gilt für die Unternehmen, aber auch für die Geschäftspartner gleichermaßen. Er stellt die Haltung und Erwartungen zu Themen wie Kinderarbeit, fairer Wettbewerb, Arbeits-/Daten-/Umweltschutz oder Umgang mit Konfliktmineralien usw. dar.

Im Berichtsjahr haben wir uns intensiv mit der Umsetzung und Weiterentwicklung unserer Nachhaltigkeitsziele beschäftigt. Neben bereits begonnenen Maßnahmen im Rahmen der Sorgfaltspflichten und der EU-Taxonomie-Verordnung haben wir uns auch auf die bevorstehende Berichterstattung nach der Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) vorbereitet. Eine wesentliche Aufgabe dabei ist die Wesentlichkeitsanalyse, die es uns ermöglicht, die wichtigsten Themen für unsere Tätigkeit und unsere Stakeholder zu identifizieren und gezielt zu bearbeiten.

Für das kommende Geschäftsjahr planen wir, unsere Nachhaltigkeitsstrategie weiter auszubauen. Im Fokus stehen dabei die Dekarbonisierung unserer Wertschöpfungskette, die Förderung sozialer Innovationen sowie die weitere Verankerung von ESG-Kriterien in unseren Unternehmensprozessen.

## **7. Unternehmensstruktur**

Das Unternehmen ist in fünf Geschäftsbereiche gegliedert:

- Chemie und Konzentrate
- Metalle, Handel und Aufbereitung
- Technik
- Zentrale Dienste
- Finanzen und Personal

Diese Unternehmensstruktur wurde im Geschäftsjahr 2021 eingeführt und hat sich seitdem bewährt.

Die Anzahl der Mitarbeiter einschließlich Auszubildender und geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse blieb insgesamt stabil und lag im Jahresdurchschnitt bei 484 und damit ungefähr auf Vorjahresniveau. Die Besetzung freiwerdender Stellen bereitete nur in wenigen Ausnahmefällen Schwierigkeiten.

Die Zertifizierungen des Unternehmens als Entsorgungsfachbetrieb sowie für Qualitäts-, Umwelt-, Arbeitsschutz- sowie Energiemanagement wurden erneut bestätigt. Die Ergebnisse der kundenspezifischen Auditierungen belegen weiterhin deutlich das hohe Ansehen des Unternehmens als Partner weltbekannter nationaler und internationaler Geschäftspartner.

## **8. Konzerngesellschaften**

Das Geschäft unserer Tochtergesellschaft GMB Deutsche Magnetwerke GmbH („GMB“) entwickelte sich im Geschäftsjahr 2023/2024 nicht so erfolgreich wie ursprünglich erwartet. Absatzseitig gelang es der Gesellschaft leider nicht, das Wachstum der vergangenen Jahre fortzusetzen. Den Hauptgrund hierfür sehen wir hier in der derzeitigen Wirtschaftskrise, welche sich besonders spürbar im Investitionsgütergeschäft niederschlägt, in welchem die GMB hauptsächlich tätig ist.

Die GMB schloss das Geschäftsjahr mit einem Jahresfehlbetrag von 69 T€ ab. Insgesamt sind wir für die zukünftige Entwicklung der GMB aber weiterhin optimistisch. Die Nachfrage nach Spezialmagneten, welche nach kundenspezifischen Anforderungen hausintern entwickelt werden und ein hohes Maß an fachlichem Knowhow erfordern, zeigen das Potential der Firma.

## **9. Zusammenfassende Beurteilung**

Zusammenfassend kann eingeschätzt werden, dass sich trotz schwierigerer Rahmenbedingungen die langjährige, wirtschaftlich gute Entwicklung der Nickelhütte Aue GmbH auch im Geschäftsjahr 2023/24 fortgesetzt hat.

Die vorliegenden Zahlen zeigen, dass das Unternehmen nach wie vor strukturell gut aufgestellt ist und dass auch in einem nicht optimalen Marktumfeld operative Überschüsse erzielt werden können.

Die erforderliche Liquidität der Nickelhütte Aue GmbH war jederzeit sichergestellt, neue Fremdfinanzierungen wurden dazu, abgesehen von einer temporären Inanspruchnahme bestehender Bankkreditlinien, nicht aufgenommen.

## **C. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung**

Chancen für eine positive Entwicklung sehen wir in großem Maße in der weiteren Diversifizierung der Rohstoff- und Produktpalette und der Erhöhung der Recyclingtiefe. Wir werden daher konsequent den eingeschlagenen Weg fortsetzen und vor allem die technischen Kapazitäten für die Verarbeitung von gebrauchten Katalysatoren und Li-Ionen Akkus ausbauen.

Im Rahmen unserer Forschung und Entwicklung versuchen wir, weitere Ressourcen und Produkte in unser Portfolio aufzunehmen. Hierbei orientieren wir uns an den Erfordernissen unserer modernen Zeit, den Bedürfnissen der ökonomischen und ökologischen Nachhaltigkeit sowie den strategischen Bedürfnissen in Europa.

Langfristig ist die Entwicklung schwer einschätzbar. In zunehmendem Maße zeigt sich, dass die aktuelle Energie- und Wirtschaftspolitik zu einem unkalkulierbaren Risiko für den Industriestandort Deutschland/Europa und damit auch für die Nickelhütte Aue GmbH wird.

Die politischen Entscheidungen der vergangenen Jahre haben in Deutschland zu Energiepreisen geführt, die mittlerweile zu den höchsten der Welt zählen. In Kombination mit weiteren Standortnachteilen, wie einem sich verschärfenden Fachkräftemangel und immer höheren bürokratischen Belastungen der Unternehmen bei einem zunehmend ineffizient arbeitenden öffentlichen Verwaltungsapparat, droht der Produktionsstandort Deutschland nachhaltig Schaden zu nehmen.

Die hohen Energiepreise führen zu einer eingeschränkten Konkurrenzfähigkeit bei energieintensiven Produkten und können auch durch politisch veranlasste Entlastungen nicht vollständig kompensiert werden. Die Möglichkeiten, die Kostensteigerungen über höhere Verkaufspreise an die Endkunden weiterzugeben, sind im globalen Markt begrenzt.

Aufgrund der hohen Abhängigkeit unseres Unternehmens von Erdgas werden verschiedenste Varianten von alternativen Energieträgern geprüft. Der steigende Einsatz von Ersatzbrennstoffen ist positiv hervorzuheben. Eine kurzfristige weitere Substitution von Erdgas wird durch den zeitlich anspruchsvollen Genehmigungsprozess eingebremst und nur mittelfristig möglich sein. Dennoch wurden weitere Projekte für den Ausbau mit regenerativen Energien schon im Vorfeld angebahnt und umgesetzt. Hervorzuheben wären die neue PV-Anlage und die Installation eines neuen Blockheizkraftwerkes, welches H2-Ready ist. Der Ausbau der E- Mobilität und der Einsatz von Querschnittstechnologien werden ganzheitlich im Unternehmen weiter vorangetrieben. Zusätzlich wurde im Rahmen der Dekarbonisierung die Grundlagenermittlung für ein Transformationskonzept begonnen.

Die Volatilität der NE-Metallpreise beinhaltet ein erhebliches Risiko für die wirtschaftliche Stabilität des Unternehmens. Das gegenwärtige Preisniveau der NE-Metallpreise bewegt sich statistisch auf einem eher normalen Niveau. Gleichwohl wurde mit der durchgeföhrten Bewertung des Vorratsvermögens bei Rohstoffen und Fertigprodukten im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeit konsequent zur Minimierung des Preisrisikos beigetragen.

Durch neue Entwicklungen bei Energie, Technik und Mobilität werden sich Rohstoffmärkte und das Preisgefüge ändern. Sehr schnelle technologische Entwicklungen machen langfristige Prognosen schwierig, lassen jedoch für die betroffenen Metalle Preisanstiege erwarten.

Beschaffungsrisiken bestehen nach wie vor darin, dass die zur Herstellung der Produkte benötigten Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe nicht oder nicht in ausreichendem Maße in der erforderlichen Qualität und Quantität zur Verfügung stehen oder nicht reibungslos beschafft werden können. Das zeigte sich im Berichtsjahr erneut insbesondere bei der schwierigen Verfügbarkeit bestimmter Hilfs- und Betriebsstoffe, wobei sich die Situation im Jahresverlauf teilweise verbesserte.

Um möglichen Beschaffungsengpässen vorzubeugen, eine nachhaltige Versorgungssicherheit zu gewährleisten und auf Veränderungen kurzfristig reagieren zu können, stehen die Beschaffungsmärkte unter intensiver Beobachtung. Bedarfe müssen möglichst langfristig erkannt und geplant sowie Bestellungen frühzeitiger ausgelöst werden, um die Versorgung der Produktion mit den benötigten Stoffen sicherzustellen.

Daher wird beständig daran gearbeitet, Beschaffungsrisiken durch Ermittlung alternativer Lieferquellen, effizientes Vertragsmanagement, kontinuierliche Lieferantenbewertungen, Qualitäts- und Zuverlässigkeitsskontrollen bei Zulieferern sowie den Aufbau von angemessenen Sicherheitsbeständen auszugleichen.

Absatzrisiken werden unter anderem durch den Ausbau der bestehenden Produkt-, Markt- und Kundensegmente, die Vermeidung von Abnehmerkonzentrationen und langfristige Verträge begrenzt. Das Risikopotential aus Produktionsabläufen und Umweltschutzrisiken wird durch die strikte Einhaltung aller gesetzlichen Auflagen, umfassende Richtlinien zur Qualitätssicherung sowie stringente Qualitätskontrollen wirkungsvoll verringert.

Hierzu gehören neben den Zertifizierungen der Prozesse nach internationalen Normen die vorbeugende Instandhaltung, die ständige planvolle Modernisierung von Anlagen und die Verbesserung von Produktionsverfahren und Herstellungstechniken. Im Rahmen behördlicher Überwachungen erfüllt der Betrieb die "Erweiterten Pflichten nach 12. BImSchV". Damit wird die Rechtssicherheit auch bei außergewöhnlichen Vorkommnissen gewährleistet.

Zu den geschäftlichen Risiken gehören auch solche, die aus Investitionen und aus Forschung und Entwicklung resultieren. Diese Aktivitäten sind aufgrund ihrer Zukunftsorientierung notwendig für den Fortbestand des Unternehmens und zugleich risikoträchtig wegen der damit verbundenen Unsicherheiten bezüglich ihres Erfolges.

Sorgfältige Untersuchungen, z. B. im Vorfeld von Investitionen (Wirtschaftlichkeitsrechnungen) und neuen Entwicklungsprojekten (Machbarkeitsanalysen und Wirtschaftlichkeitsrechnungen) werden in einem mehrstufigen Prozess berücksichtigt, um die Risikotransparenz zu erhöhen.

Leider ist im Zusammenhang mit behördlichen Genehmigungen, Zulassungen und Erlaubnissen ein zunehmendes Hemmnis auszumachen. Die Bearbeitungszeiten verlängern sich permanent. Wie oben bereits erwähnt, ist zu befürchten, dass sich bei einer Fortsetzung dieses Trends negative Auswirkungen auf die zukünftige Entwicklung sowie die Wirtschaftlichkeit und Konkurrenzfähigkeit des Unternehmens ergeben werden.

Das Liquiditätsmanagement stellt sicher, dass jederzeit ausreichend Liquidität für das operative Geschäft und für Investitionen zur Verfügung stand. Für sonstige Risiken, wie zum Beispiel Gewährleistungen, wurde ausreichend bilanzielle Vorsorge getroffen. Mit der Anwendung einer fast alle Umsätze umfassenden Versicherung gegen Forderungsausfälle wurden weitere Beiträge zur Risikominimierung geleistet.

Unvorhersehbare Entwicklungen, insbesondere bei Metallpreisen, Energiepreisen und Währungsparitäten (EUR/USD), können die Umsatz- und Ergebniserwartungen beeinflussen. Die mögliche Einschränkung der Versorgung mit Erdgas im Rahmen der Notfallstufe bei einer Gasmangellage ist hierbei als besonders kritisch hervorzuheben.

Die allgemeine Risikosituation für das Unternehmen im Bereich der Umwelthaftung, Elementarschäden usw. wird durch angemessene Versicherungen in Zusammenarbeit mit Maklern abgedeckt.

Die weiteren Auswirkungen aus dem Krieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine sind nur schwer abzuschätzen, können uns aber weiterhin insbesondere im Energiebereich treffen. Wir verweisen an dieser Stelle auf unsere voranstehenden Ausführungen zu den Risiken aus der Energiepreisentwicklung und zur Energieversorgungssicherheit.

Insgesamt wird eingeschätzt, dass die Nickelhütte Aue GmbH sich weiter gut entwickelt und im Wettbewerb behauptet hat. Sie besitzt die Voraussetzungen, mittel- und langfristig diese Entwicklung fortzusetzen und auszubauen. Die Gesamtbewertung des abgeschlossenen Geschäftsjahres und der Umsetzung der geplanten Vorhaben lassen zwar durchaus einige Risiken erkennen, darunter aber keine Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens momentan ernsthaft bedrohen.

#### **D. Prognosebericht**

Die Nickelhütte Aue GmbH wird auch in Zukunft weitere Geschäftsfelder und neue Absatzmärkte erschließen und die Suche nach neuen Märkten, zukunftsweisenden Technologien und kostengünstigeren Rohstoffquellen betreiben.

Bei den Mitarbeiterzahlen sind derzeit keine signifikanten Veränderungen geplant, die natürlichen Personalabgänge sollen weiterhin durch Neueinstellungen von selbst ausgebildeten Facharbeitern oder bereits ausgebildeten Bewerbern aus der Region ersetzt werden.

Das gute Image des Unternehmens in der Region, das angemessene Lohnniveau sowie diverse Lohnnebenleistungen für die Mitarbeiter steigern die Attraktivität als Arbeitgeber und gestatten es uns, bei Neueinstellungen meist aus einer ausreichenden Anzahl von Bewerbern auswählen zu können.

Dennoch wird das Unternehmen seine Initiativen weiter nach außen und innen verstärken, um auch zukünftig das dringend benötigte Fachpersonal rekrutieren sowie optimal aus- und weiterbilden zu können. Mit dem weiteren Ausbau der „Jacob Metal Academy“ für die Aus- und Weiterbildung innerhalb der Jacob-Firmengruppe, der konsequenten Fortführung des Prozesses der Organisationsentwicklung innerhalb der NHA sowie der Beteiligung an der Potential-Akademie eG Chemnitz wurden hierfür wichtige Grundlagen geschaffen.

Die etablierte Geschäftsleitung, bestehend aus vier Prokuristen und einem Geschäftsführer, ermöglicht eine zielgerichtete, flexible und effektive Führung des Unternehmens in seiner Komplexität und Diversifikation.

Unser Tochterunternehmen GMB Deutsche Magnetwerke GmbH ist in der Produktion und im Handel von Spezialmagneten tätig. Da diese hauptsächlich im industriellen Investitionsbereich verwendet werden, ist die momentane Wirtschaftskrise auch für die Geschäftsentwicklung der GMB spürbar. Nach vielen Jahren des Umsatzwachstums musste die GMB in 2023/2024 erstmals sinkende Umsatzerlöse verzeichnen und erneut einen Jahresverlust ausweisen. Für das neue Geschäftsjahr wird mit wieder steigenden Umsatzerlösen gerechnet. Höhere Personalkosten im Zusammenhang mit der Vorbereitung eines ruhestandsbedingten Wechsels in der Geschäftsführung, welcher zum Ende des Geschäftsjahres 2024/25 vollzogen wird, werden die Wirtschaftlichkeit zwischenzeitlich aber zusätzlich belasten.

Insgesamt wird davon ausgegangen, dass trotz der genannten Herausforderungen und Einschränkungen auch das Geschäftsjahr 2024/2025 wieder erfolgreich für die Nickelhütte Aue GmbH verlaufen wird und erneut ein positives Jahresergebnis erzielt werden kann. Ausgehend von Metallpreisen und Beschaffungs- und Energiekosten auf dem aktuellen Niveau rechnen wir mit einem Jahresüberschuss von ca. 5-7 M€. Für die Folgejahre wird mit einer weiterhin stabilen Umsatz- und Ertragssituation gerechnet.

Aue-Bad Schlema, 28. Oktober 2024

gez. Henry Sobieraj  
(Geschäftsführer)



**Nickelhütte Aue GmbH**  
Aue-Bad Schlema

**Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Bilanz  
zum 30. Juni 2024 (Anlage 1) sowie der Posten  
der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr  
vom 1. Juli 2023 bis 30. Juni 2024 (Anlage 2)**

**Erläuterungen zu den Posten der Bilanz**

Die Vorjahreswerte sind bei den einzelnen Posten jeweils unter den Jahresabschlusswerten vermerkt.

**AKTIVSEITE**

**A. Anlagevermögen**

**I. Immaterielle Vermögensgegenstände**

**Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche  
Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie  
Lizenzen an solchen Rechten und Werten**

**335.125,24 EUR**  
299.052,67 EUR

**II. Sachanlagen**

**1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und  
Bauten einschließlich der Bauten auf fremden  
Grundstücken**

**13.401.114,36 EUR**  
13.912.838,94 EUR

	30.06.2024	30.06.2023
	EUR	EUR
Fabrikbauten	6.978.225,04	7.424.113,09
Andere Bauten	2.691.336,93	2.701.586,03
Bebaute Grundstücke	1.549.732,69	1.555.660,84
Bürogebäude	991.697,76	1.037.051,39
Unbebaute Grundstücke	534.792,82	532.702,82
Außenanlagen	400.536,06	316.927,51
Wohnbauten	254.787,06	344.791,26
Außenanlagen Flächenversiegelung	6,00	6,00
	<b><u>13.401.114,36</u></b>	<b><u>13.912.838,94</u></b>


**2. Technische Anlagen und Maschinen**

**8.427.343,85 EUR**  
9.624.697,11 EUR

	30.06.2024	30.06.2023
	EUR	EUR
Sonstige technische Anlagen	4.890.605,20	5.361.277,39
Heizwerk	1.728.390,82	1.922.374,53
Chemisch-technische Anlagen	1.415.726,03	1.806.670,31
Maschinen	392.621,80	534.374,88
	<b>8.427.343,85</b>	<b>9.624.697,11</b>

**3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung**

**9.600.956,29 EUR**  
10.014.811,31 EUR

	30.06.2024	30.06.2023
	EUR	EUR
Betriebsausstattung	5.974.410,68	6.125.554,39
Sonstige Transportmittel	2.638.844,27	2.826.686,06
Lastkraftwagen	366.011,60	353.966,25
Geschäftsausstattung	205.805,98	240.540,86
Büroeinrichtung	152.032,09	196.237,39
Personenkraftwagen	107.002,42	118.731,00
Werkzeuge	73.694,87	61.408,45
Büromaschinen	73.260,91	78.767,64
Gerüst- und Schalungsmaterial	9.887,47	12.914,27
Geringwertige Anlagegüter	6,00	5,00
	<b>9.600.956,29</b>	<b>10.014.811,31</b>

**4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau**

**8.865.784,38 EUR**  
5.981.148,68 EUR

	30.06.2024	30.06.2023
	EUR	EUR
Unfertige technische Anlagen	7.786.393,62	5.340.311,93
Unfertige Invest-Eigenleistungen	1.079.390,76	547.141,11
Übrige Anzahlungen	0,00	93.695,64
	<b>8.865.784,38</b>	<b>5.981.148,68</b>



## II. Finanzanlagen

1. Anteile an verbundenen Unternehmen	<b><u>1,00 EUR</u></b>
	1,00 EUR

Es handelt sich um die 100,0 %-ige Beteiligung an dem verbundenen Unternehmen, GMB Deutsche Magnetwerke GmbH, Bitterfeld-Wolfen (kurz: GMB GmbH).

2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	<b><u>1,00 EUR</u></b>
	50.001,00 EUR

	30.06.2024	30.06.2023
	EUR	EUR
GMB GmbH	1,00	50.001,00

Zwischen der Gesellschaft und der GMB Deutsche Magnetwerke GmbH (kurz: GMB GmbH) ist am 31. März 2016 ein Darlehensvertrag zur Stärkung der Liquidität der Beteiligungs- gesellschaft geschlossen worden. Der Darlehensgesamtbetrag beläuft sich auf 700 TEUR. In den Vorjahren sind Auszahlungen in Höhe von insgesamt 650 TEUR erfolgt, die auf 50 TEUR abgewertet worden sind. Im Geschäftsjahr 2023/2024 sind weitere 50 TEUR ausgezahlt worden, sodass das Darlehen einen Saldo von 100 TEUR aufwies. Dieser wurde anschließend auf einen Erinnerungswert von 1,00 EUR abgewertet.

3. Geschäftsguthaben bei Genossenschaften	<b><u>2.000,00 EUR</u></b>
	2.000,00 EUR



## B. Umlaufvermögen

### I. Vorräte

1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	<b>55.948.823,36 EUR</b> 71.060.636,07 EUR
2. Unfertige Erzeugnisse	<b>4.975.777,32 EUR</b> 6.414.635,54 EUR
3. Fertige Erzeugnisse und Waren	<b>18.836.510,61 EUR</b> 20.049.238,05 EUR
4. Geleistete Anzahlungen	<b>802.351,67 EUR</b> 1.165.324,57 EUR

### II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	<b>26.297.105,66 EUR</b> 28.459.106,44 EUR
---	---

	30.06.2024	30.06.2023
	EUR	EUR
Ausland	14.062.288,16	13.827.330,46
Inland	12.396.817,50	14.769.775,98
Einzelwertberichtigungen	-120.000,00	-90.000,00
Pauschalwertberichtigungen	-42.000,00	-48.000,00
	<b>26.297.105,66</b>	<b>28.459.106,44</b>

2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	<b>54.008,46 EUR</b> 25.670,08 EUR
---	---------------------------------------

	30.06.2024	30.06.2023
	EUR	EUR
GMB GmbH	53.319,46	20.805,82
Jacomij Metalen B.V.	689,00	4.864,26
	<b>54.008,46</b>	<b>25.670,08</b>



<b>3. Forderungen gegen Gesellschafter</b>	<b><u>22.257.153,49 EUR</u></b>
	11.390.826,20 EUR

Es handelt sich um Forderungen gegen die Siegfried Jacob Metallwerke GmbH & Co. KG, Ennepetal, und resultieren aus gewährten Darlehen (18.000 TEUR) sowie aus Lieferungen und Leistungen (4.257 TEUR).

<b>4. Sonstige Vermögensgegenstände</b>	<b><u>6.007.996,28 EUR</u></b>
	2.832.298,25 EUR

	30.06.2024	30.06.2023
	EUR	EUR
<b>Forderungen Finanzamt</b>		
Körperschaft- sowie Gewerbesteuer	3.769.963,72	333.250,00
Forderung aus entrichteter Verbrauchssteuer	1.456.102,08	1.269.184,00
Umsatzsteuer laufendes Geschäftsjahr	553.691,15	1.103.754,96
Debitorische Kreditoren	55.400,24	64.674,97
Forderungen gegen Krankenkasse	46.396,51	0,00
Forderungen gegen Behörden	16.989,12	8.811,04
Anrechenbare Steuern	14.415,22	6.609,74
Forderungen gegen Mitarbeiter	9.939,49	536,80
Kautionen	1.790,00	4.040,00
Mitarbeiterdarlehen	0,00	5.000,00
Übrige	83.308,75	36.436,74
	<b><u>6.007.996,28</u></b>	<b><u>2.832.298,25</u></b>

<b>III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten</b>	<b><u>11.191.907,99 EUR</u></b>
	2.386.610,43 EUR

	30.06.2024	30.06.2023
	EUR	EUR
Bankguthaben	11.184.218,06	2.375.063,12
Kasse	7.689,93	11.547,31
	<b><u>11.191.907,99</u></b>	<b><u>2.386.610,43</u></b>



<u>Bankguthaben</u>	30.06.2024	30.06.2023
	EUR	EUR
HypoVereinsbank	3.631.508,14	515.885,55
DZ Bank AG	2.713.246,73	84.717,16
Commerzbank AG	2.540.968,26	1.252.558,06
Erzgebirgssparkasse	1.829.373,01	515.347,68
Volksbank Chemnitz	469.121,92	6.554,67
	<b>11.184.218,06</b>	<b>2.375.063,12</b>

<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>272.928,46 EUR</b>
	270.032,84 EUR

	30.06.2024	30.06.2023
	EUR	EUR
Haftpflichtversicherung	50.122,63	7.075,15
Kfz-Steuer	9.759,00	9.772,35
Übrige	213.046,83	253.185,34
	<b>272.928,46</b>	<b>270.032,84</b>



## Passivseite

### A. Eigenkapital

I. Stammkapital	<b>1.176.000,00 EUR</b> 1.176.000,00 EUR
II. Kapitalrücklage	<b>27.176,00 EUR</b> 27.176,00 EUR
III. Gewinnrücklagen	<b>862.410,02 EUR</b> 862.410,02 EUR
IV. Gewinnvortrag	<b>150.548.609,20 EUR</b> 136.790.464,76 EUR
V. Jahresüberschuss	<b>9.744.385,61 EUR</b> 13.758.144,44 EUR

### B. Sonderposten für Investitionszuschüsse

**215.491,31 EUR**

232.821,07 EUR

	30.06.2024	30.06.2023
	EUR	EUR
Investitionszuschuss Hochwasser zur Wiederherstellung des Sachanlagevermögens	152.222,50	168.255,50
Investitionszuschuss	63.268,81	64.565,57
	<b>215.491,31</b>	<b>232.821,07</b>

Die Investitionszuschüsse sind zum einen gemäß der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ des Freistaats Sachsen für die in den Jahren 1996, 1997 und 1998 angeschafften Vermögensgegenstände gewährt worden.

Zum anderen sind in den vorangegangenen Geschäftsjahren Zuschüsse zur Ersatzbeschaffung bzw. Instandsetzung von Wirtschaftsgütern des Sachanlagevermögens gewährt worden, die infolge des im August 2002 herrschenden Hochwassers in der Region Sachsen zerstört oder beschädigt worden sind. Diese Mittel sind von der Sächsischen Aufbaubank geleistet worden.

Die erfolgswirksame Auflösung der Zuschüsse erfolgt über die Nutzungsdauer der begünstigten Vermögensgegenstände entsprechend der vorgenommenen Abschreibungen.



### C. Rückstellungen

<b>1. Steuerrückstellungen</b>	<b>2.655.000,00 EUR</b>
	936.000,00 EUR

	30.06.2024	30.06.2023
	EUR	EUR
Körperschaftsteuer	1.229.000,00	485.000,00
Gewerbesteuer	1.360.000,00	425.000,00
Solidaritätszuschlag	66.000,00	26.000,00
	<b>2.655.000,00</b>	<b>936.000,00</b>

<b>2. Sonstige Rückstellungen</b>	<b>10.435.833,58 EUR</b>
	12.978.273,05 EUR

	30.06.2024	30.06.2023
	EUR	EUR
Betriebsaufwand		
Ausstehende Aufbereitung von Recyclingrohstoffen	1.774.200,21	2.247.900,27
Sanierung der chemischen Altlasten	1.360.017,15	1.361.683,40
Unterlassene Instandhaltungen	700.000,00	700.000,00
Personalkosten		
Urlaubsgeld	1.136.200,00	0,00
Rückständiger Urlaub	810.790,00	706.700,00
Weihnachtsgeld	492.750,00	624.000,00
Jubiläumsrückstellungen	486.300,00	482.500,00
Mitarbeiterprämien	191.000,00	1.430.500,00
Berufsgenossenschaft	93.878,00	75.010,00
Sozialabgaben	34.790,00	12.600,00
Mutterschutz	8.931,00	0,00
Übrige		
Abwasserbeiträge	474.858,13	474.858,13
Abschluss- und Prüfungskosten	75.400,00	73.000,00
Aufbewahrungskosten Buchhaltung	74.000,00	65.000,00
Rechts- und Beratungskosten	25.000,00	25.000,00
Übrige	<b>2.697.719,09</b>	<b>4.699.521,25</b>
	<b>10.435.833,58</b>	<b>12.978.273,05</b>



**D. Verbindlichkeiten**

<b>1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>	<b>0,00 EUR</b>
	1.756.468,04 EUR
	30.06.2024
	EUR
Kontokorrentverbindlichkeiten	
DZ Bank AG	0,00
HypoVereinsbank	0,00
	<u>0,00</u>
	<u>1.756.468,04</u>
<b>2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen</b>	<b>188.124,08 EUR</b>
	331.202,77 EUR
<b>3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen</b>	<b>9.911.790,26 EUR</b>
	10.684.819,68 EUR
	30.06.2024
	EUR
Inland	7.234.800,09
Ausland	2.676.990,17
	<u>9.911.790,26</u>
	<u>10.684.819,68</u>
<b>4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen</b>	<b>0,00 EUR</b>
	17.388,33 EUR


**5. Sonstige Verbindlichkeiten**
**1.512.069,36 EUR**  
 4.387.761,02 EUR

	30.06.2024	30.06.2023
	EUR	EUR
Verbindlichkeiten Löhne und Gehälter	753.502,79	1.093.588,09
Steuerverbindlichkeiten	405.846,68	2.393.280,22
Verbindlichkeiten andere Behörden	7.088,41	6.902,67
Erhaltene Kautionen	7.339,68	9.876,18
Entlastung nach EWPBG	0,00	294.935,17
Verbindlichkeiten im Rahmen der sozialen Sicherheit	0,00	130.360,24
Übrige	<u>338.291,80</u>	<u>458.818,45</u>
	<u>1.512.069,36</u>	<u>4.387.761,02</u>



## **Erläuterungen zu den Posten der Gewinn- und Verlustrechnung**

Die Vorjahreswerte sind bei den einzelnen Posten jeweils unter den Jahresabschlusswerten vermerkt.

### **1. Umsatzerlöse**

**221.207.337,97 EUR**  
273.236.363,75 EUR

#### **Umsatzerlöse**

	2023/2024	2022/2023
	EUR	EUR
Inland	134.882.594,81	162.793.026,99
Ausland	83.923.130,54	108.439.562,12
Nicht steuerbare Umsätze	2.523.422,02	2.228.870,68
Erlösschmälerungen	-121.809,40	-225.096,04
	<b>221.207.337,97</b>	<b>273.236.363,75</b>

#### Inland

	2023/2024	2022/2023
	EUR	EUR
Produktion	51.137.415,10	55.740.536,46
Metallwirtschaft	72.819.088,12	90.248.470,13
Sonstige	10.926.091,59	16.804.020,40
	<b>134.882.594,81</b>	<b>162.793.026,99</b>

#### Ausland

	2023/2024	2022/2023
	EUR	EUR
Innengemeinschaftliche Lieferungen	37.867.008,16	53.486.762,34
Drittland	46.056.122,38	54.952.799,78
	<b>83.923.130,54</b>	<b>108.439.562,12</b>

#### Innengemeinschaftliche Lieferungen

	2023/2024	2022/2023
	EUR	EUR
Produktion	20.270.347,26	28.880.797,71
Metallwirtschaft	17.595.015,90	24.605.964,63
sonstiges	1.645,00	0,00
	<b>37.867.008,16</b>	<b>53.486.762,34</b>



<u>Drittland</u>	2023/2024	2022/2023
	EUR	EUR
Produktion	37.927.593,06	46.684.061,51
Metallwirtschaft	8.123.605,24	8.264.964,27
Sonstige	4.924,08	3.774,00
	<b>46.056.122,38</b>	<b>54.952.799,78</b>

**2. Verminderung / Erhöhung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen**

**-2.651.585,66 EUR**  
**-1.433.442,76 EUR**

	2023/2024	2022/2023
	EUR	EUR
Bestandsveränderung fertige Erzeugnisse	1.810.312,29	1.382.214,14
Bestandsveränderung unfertige Erzeugnisse	841.273,37	51.228,62
	<b>2.651.585,66</b>	<b>1.433.442,76</b>

**3. Andere aktivierte Eigenleistungen**

**349.358,85 EUR**  
**337.421,25 EUR**

Der Ausweis betrifft die erbrachten zu aktivierenden Leistungen für verschiedene Projekte durch die Arbeitnehmer im Geschäftsjahr 2023/2024.

**4. Sonstige betriebliche Erträge**

**967.227,81 EUR**  
**1.388.248,51 EUR**

	2023/2024	2022/2023
	EUR	EUR
Sonstige betriebliche Erträge	734.645,91	1.280.458,41
Periodenfremde Erträge	232.581,90	107.790,10
	<b>967.227,81</b>	<b>1.388.248,51</b>



<u>Sonstige betriebliche Erträge</u>	2023/2024	2022/2023
	EUR	EUR
Sachbezüge	147.763,65	126.040,53
Forschung und Entwicklung	84.114,98	13.336,92
Erträge aus Kursdifferenzen	71.097,45	947.086,27
Lohnkostenzuschuss Arbeitsamt		
Ausbildungszuschuss	25.950,00	25.800,00
Lohnkostenzuschuss	5.766,28	23.408,34
Zuschüsse zur Beseitigung von Hochwasserschäden	17.329,76	36.180,61
Übrige		
Sonstige betriebliche Erträge	343.713,85	52.802,32
Unentgeltliche Zuwendungen	38.909,94	55.803,42
	<b>734.645,91</b>	<b>1.280.458,41</b>

<u>Periodenfremde Erträge</u>	2023/2024	2022/2023
	EUR	EUR
Erträge aus Anlagenverkäufen	196.295,97	86.048,27
Versicherungserstattungen	30.281,27	10.757,45
Ertrag aus der Herabsetzung von Wertberichtigungen	6.000,00	10.000,00
Erträge aus abgeschriebenen Forderungen	4,66	984,38
	<b>232.581,90</b>	<b>107.790,10</b>

## 5. Materialaufwand

<b>a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren</b>	<b>157.083.429,02 EUR</b>
	193.495.915,97 EUR

	2023/2024	2022/2023
	EUR	EUR
Rohstoffe	144.228.932,15	170.568.134,12
Energie- und Brennstoffe	8.591.867,50	16.120.459,53
Hilfsstoffe	3.085.975,03	4.909.009,53
Sonstige Materialaufwendungen	1.298.780,43	2.081.316,61
Skonti, Boni, Rabatte	-122.126,09	-183.003,82
	<b>157.083.429,02</b>	<b>193.495.915,97</b>

<b>b) Aufwendungen für bezogene Leistungen</b>	<b>2.215.161,01 EUR</b>
	2.212.988,44 EUR



## 6. Personalaufwand

### a) Löhne und Gehälter

**24.882.076,33 EUR**  
25.240.602,84 EUR

	2023/2024	2022/2023
	EUR	EUR
Löhne	15.141.716,81	15.665.651,99
Gehälter	9.740.359,52	9.574.950,85
	<b>24.882.076,33</b>	<b>25.240.602,84</b>

#### Löhne

	2023/2024	2022/2023
	EUR	EUR
Grundlohn	7.494.035,86	8.116.767,27
Lohnzuschlag und Lohnfortzahlung	2.657.136,72	2.353.156,85
Urlaubsgeld	2.269.954,89	2.348.162,18
Schicht-, Nacht-, Feiertags-, Bereitschafts-Zuschläge	1.643.155,08	1.555.370,85
Weihnachtsgeld	423.790,15	650.364,00
Sonstige Zuschläge	432.646,05	423.928,78
Auszubildende	162.110,00	158.980,00
Vermögenswirksame Leistungen	53.762,16	53.766,26
Kontoführungsgebühren	5.125,90	5.155,80
	<b>15.141.716,81</b>	<b>15.665.651,99</b>

#### Gehälter

	2023/2024	2022/2023
	EUR	EUR
Gehälter	7.022.680,22	6.980.579,31
Sonstige Zuschläge	1.691.212,77	1.437.986,15
Urlaubsgeld	426.167,95	448.860,36
Weihnachtsgeld	329.254,76	406.325,00
Schicht-, Nacht-, Feiertags-, Bereitschafts-Zuschläge	87.814,86	75.627,41
Pauschalohnsteuer	56.355,16	51.511,86
Verrechnung sonstige Bezüge	55.478,20	83.359,46
Auszubildende	43.015,00	62.820,00
Vermögenswirksame Leistungen	26.181,00	25.722,00
Kontoführungsgebühren	2.199,60	2.159,30
	<b>9.740.359,52</b>	<b>9.574.950,85</b>



<b>b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung</b>	<b><u>5.209.693,10 EUR</u></b>
	4.857.937,48 EUR
davon für Altersversorgung 102.111,19 EUR (Vorjahr 97.266,64 EUR)	

	2023/2024 EUR	2022/2023 EUR
Sozialversicherungsbeiträge	4.663.489,65	4.382.378,23
Berufsgenossenschaft	444.092,26	378.292,61
Altersversorgung	102.111,19	97.266,64
	<b><u>5.209.693,10</u></b>	<b><u>4.857.937,48</u></b>

<b>7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen</b>	<b><u>5.220.125,58 EUR</u></b>
	5.802.183,05 EUR
<b>8. Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>	<b><u>17.294.701,48 EUR</u></b>
	22.479.013,71 EUR

	2023/2024 EUR	2022/2023 EUR
Betriebsaufwendungen	6.602.272,34	9.409.251,30
Vertriebs- und Distributionsaufwendungen	6.026.556,40	7.236.555,88
Verwaltungsaufwendungen	4.130.115,20	5.338.387,40
Neutrale und periodenfremde Aufwendungen	535.757,54	494.819,13
	<b><u>17.294.701,48</u></b>	<b><u>22.479.013,71</u></b>


Betriebsaufwendungen

	2023/2024	2022/2023
	EUR	EUR
Instandhaltungskosten	5.002.681,35	7.795.259,47
Arbeitsschutz/Berufsbekleidung	521.358,05	560.382,26
Leasing	657.795,59	549.292,59
Werkzeuge, Kleingeräte, Computerzubehör	97.542,74	114.721,69
Kfz-Kosten	102.691,11	101.497,11
Betriebliche Gesundheitsförderung	74.966,27	75.276,00
Übrige	145.237,23	212.822,18
	<b>6.602.272,34</b>	<b>9.409.251,30</b>

Vertriebs- und Distributionsaufwendungen

	2023/2024	2022/2023
	EUR	EUR
Ausgangsfrachten	4.188.655,11	4.975.158,29
Werbekosten	737.094,53	762.677,32
Provisionen, Honorare	465.537,48	620.333,52
Verpackungsmaterial Endprodukt	275.851,89	506.417,62
Reisekosten	234.969,38	228.400,23
Geschenke	71.410,60	83.660,62
Bewirtungsaufwendungen	35.968,22	51.285,93
Mautgebühren	16.952,79	8.352,97
Übrige	116,40	269,38
	<b>6.026.556,40</b>	<b>7.236.555,88</b>

Verwaltungsaufwendungen

	2023/2024	2022/2023
	EUR	EUR
Reparatur, Instandhaltung Gebäude	2.062.317,03	2.962.322,92
Versicherungen	687.210,32	610.492,42
Fortbildungskosten	418.245,27	510.017,74
Aufwendungen aus Kursdifferenzen	41.397,84	407.297,97
Wareneinkauf Kantine	398.470,75	375.043,91
Beiträge, Gebühren	79.842,93	104.179,21
Bürobedarf, Zeitschriften, Bücher	82.594,00	93.715,74
Rechts- und Beratungskosten	163.541,07	91.472,46
Nebenkosten des Geldverkehrs	45.581,07	48.944,47
Abschluss- und Prüfungskosten	36.247,03	47.161,29
Kommunikationskosten	39.776,00	40.756,57
Übrige	74.891,89	46.982,70
	<b>4.130.115,20</b>	<b>5.338.387,40</b>



<u>Neutrale und periodenfremde Aufwendungen</u>	2023/2024	2022/2023
	EUR	EUR
Spenden	373.740,00	418.410,00
Periodenfremde Aufwendungen	80.246,67	0,00
Zuführung Wertberichtigungen	30.000,00	67.000,00
Verluste aus Anlagenabgängen	26.687,41	2.035,44
Übrige	25.083,46	7.373,69
	<b>535.757,54</b>	<b>494.819,13</b>

**9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge** **987.354,73 EUR**  
156.117,63 EUR

davon aus verbundenen Unternehmen  
809.052,90 EUR (Vorjahr 19.388,89 EUR)

	2023/2024	2022/2023
	EUR	EUR
Zinsen Darlehen SJM GmbH & Co. KG	776.219,57	0,00
Zinserträge auf Steuerrückerstattung	54.183,00	0,00
Zinsen Darlehen GMB GmbH	32.833,33	19.388,89
Bankkonten	31.776,98	21.533,07
Übrige	92.341,85	115.195,67
	<b>987.354,73</b>	<b>156.117,63</b>

**10. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens** **100.000,00 EUR**  
0,00 EUR

Die Abschreibungen auf Finanzanlagen in Höhe von 100 TEUR resultieren aus den Ausleihungen an die GMB GmbH.

**10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen** **102.049,60 EUR**  
64.218,55 EUR



	2023/2024	2022/2023
	EUR	EUR
Überziehungszinsen	102.360,60	63.915,78
Übrige Zinsen	-311,00	302,77
	<u>102.049,60</u>	<u>64.218,55</u>

<b>11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag</b>	<b>-1.110.761,50 EUR</b>
	5.651.995,67 EUR

	2023/2024	2022/2023
	EUR	EUR
Gewerbesteuer		
Geschäftsjahr	1.207.000,00	2.609.000,00
Vorjahr	-1.734.084,00	-4,00
Körperschaftsteuer		
Geschäftsjahr	1.343.000,00	2.885.000,00
Vorjahr	-1.896.225,13	-0,30
Solidaritätszuschlag		
Geschäftsjahr	73.000,00	158.000,00
Vorjahr	<u>-103.452,37</u>	<u>-0,03</u>
	<u>-1.110.761,50</u>	<u>5.651.995,67</u>

Die Position weist im Geschäftsjahr 2023/2024 einen negativen Saldo auf, was im Wesentlichen auf die steuerliche Geltendmachung von Forderungsverlusten gegenüber der EFS Erzgebirgische Fluss- und Schwerspatwerke GmbH in Höhe von 3,7 Mio. EUR zurückzuführen ist.

<b>12. Ergebnis nach Steuern</b>	<b><u>9.863.219,08 EUR</u></b>
	13.879.852,67 EUR

<b>13. Sonstige Steuern</b>	<b><u>118.833,47 EUR</u></b>
	121.708,23 EUR



	2023/2024	2022/2023
	EUR	EUR
Grundsteuer	75.020,92	73.090,56
Kraftfahrzeugsteuer	23.066,20	23.030,35
Übrige	20.746,35	25.587,32
	118.833,47	121.708,23

**14. Jahresüberschuss**

**9.744.385,61 EUR**  
13.758.144,44 EUR

**Nickelhütte Aue GmbH**  
Aue-Bad Schlema

**Rechtliche Grundlagen**

**1. Gesellschaftsrechtliche Verhältnisse**

Rechtsform

Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Firma und Sitz

Die Gesellschaft führt die Firma Nickelhütte Aue GmbH und hat ihren Sitz in Aue-Bad Schlema.

Handelsregistereintragung

Die Gesellschaft ist im Handelsregister beim Amtsgericht Chemnitz unter der Nummer HRB 143 eingetragen.

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr läuft vom 1. Juli bis zum 30. Juni des Folgejahres.

Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag ist am 30. Mai 1990 geschlossen worden. Die Gesellschaft ist durch die Umwandlung des VEB Nickelhütte Aue auf der Grundlage der Verordnung vom 1. März 1990 entstanden. Am 22. März 2011 ist durch den Notar Ernst Kayser, Menden, Sauerland, UR-Nr. 268/2011 der Gesellschaftsvertrag neu gefasst worden.

Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung, Konfektionierung und Vertrieb von NE-Metallen, deren Legierungen, Metallsalzen und anorganischen Grundstoffen; hierzu erfolgen Recyclingprozesse von metallhaltigen Materialien aller Art, insbesondere von Katalysatoren, Stäuben, Schlämmen, Krätschen, Schrotten, Transformatoren und Akkumulatoren sowie alle damit im Zusammenhang stehenden Aufbereitungs- und Umweltserviceleistungen; Erzeugung und Vertrieb von Wärme-, Kälte-, Elektroenergie und anderen Energieformen, Ein- und Verkauf von Heizöl sowie jeweils alle mit den vorgeschriebenen Geschäftsgegenständen zusammenhängenden Geschäfte, Dienstleistungen und Maßnahmen.

### Stammkapital und Gesellschafter

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 1.176.000,00 EUR und ist voll eingezahlt. Es entfällt unverändert gegenüber dem Vorjahr auf die folgende Gesellschafterin:

	Anteil
	EUR
	%
Siegfried Jacob Metallwerke GmbH & Co. KG, Ennepetal	<u>1.176.000,00</u>
	<u>100</u>

### Geschäftsführung

Zum Geschäftsführer ist bestellt:

Herr Henry Sobieraj, Diplom-Wirtschaftsingenieur (FH), Aue, mit der Befugnis, im Namen der Gesellschaft mit sich im eigenen Namen oder als Vertreter eines Dritten Rechtsgeschäfte abzuschließen.

## **2. Vorjahresabschluss/Prüfung des Vorjahresabschlusses**

Der von uns geprüfte und unter dem Datum vom 31. Oktober 2023 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Vorjahresabschluss zum 30. Juni 2023 ist in der Gesellschafterversammlung vom 14. Dezember 2023 festgestellt worden. Der Geschäftsführung ist für das Geschäftsjahr 2022/2023 Entlastung erteilt worden.

Die Gesellschaft hat ihren Vorjahresabschluss am 4. September 2024 im Unternehmensregister veröffentlicht.

## **3. Verbundene Unternehmen**

Eine Übersicht über den angabepflichtigen Anteilsbesitz der Gesellschaft ist im Anhang zu finden.

## **4. Steuerliche Verhältnisse**

Die letzte steuerliche Betriebsprüfung umfasst die Veranlagungsjahre 2018 bis 2020 (Umsatzsteuer 2017 bis 2019) und wurde im Geschäftsjahr 2023/2024 abgeschlossen.

# Allgemeine Auftragsbedingungen

für

## Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2024

### 1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich in Textform vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber. Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

### 2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen Vereinbarung in Textform.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

### 3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunfts Personen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten Erklärung in gesetzlicher Schriftform oder einer sonstigen vom Wirtschaftsprüfer bestimmten Form zu bestätigen.

### 4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerke Unternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

### 5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags in gesetzlicher Schriftform oder Textform darzustellen hat, ist allein diese Darstellung maßgebend. Entwürfe solcher Darstellungen sind

unverbindlich. Sofern nicht anders gesetzlich vorgesehen oder vertraglich vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie in Textform bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

### 6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der in Textform erteilten Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

### 7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlägen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlags, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Ein Nacherfüllungsanspruch aus Abs. 1 muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Nacherfüllungsansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse in Frage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

### 8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

### 9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist der Anspruch des Auftraggebers aus dem zwischen ihm und dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis auf Ersatz eines fahrlässig verursachten Schadens, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt. Gleichermaßen gilt für Ansprüche, die Dritte aus oder im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis gegenüber dem Wirtschaftsprüfer geltend machen.

(3) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(4) Der Höchstbetrag nach Abs. 2 bezieht sich auf einen einzelnen Schadensfall. Ein einzelner Schadensfall ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden.

(5) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der in Textform erklärten Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

(6) § 323 HGB bleibt von den Regelungen in Abs. 2 bis 5 unberührt.

## 10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit in gesetzlicher Schriftform erteilter Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

## 11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte wesentliche Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen Vereinbarung in Textform umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung und elektronische Übermittlung der Jahressteuererklärungen, einschließlich E-Bilanzen, für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger Vereinbarungen in Textform die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Einheitsbewertung sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer und Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- c) die beratende und gutachtlische Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

## 12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

## 13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

## 14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

## 15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.

**B e s o n d e r e A u f t r a g s b e d i n g u n g e n**  
PKF Fasselt Partnerschaft mbB  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft Rechtsanwälte

**Präambel**

Diese Besonderen Auftragsbedingungen der PKF Fasselt Partnerschaft mbB Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft Rechtsanwälte (nachstehend als PKF bezeichnet) modifizieren die vom Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. publizierten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2024 (IDW AAB).

**Aus berufsrechtlichen Gründen modifiziert PKF die in den IDW AAB enthaltenen Haftungsregelungen für Leistungen, auf welche weder eine gesetzliche noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet, indem zugunsten der Auftraggeber der Haftungshöchstbetrag auf 10 Mio. EUR für Einzelschäden bzw. 12,5 Mio. EUR für Serienschäden erhöht und der Haftungsmaßstab auf einfache Fahrlässigkeit ausgeweitet wird.**

Dazu wird Ziffer 9. „Haftung“ der IDW AAB aufgehoben und durch die nachfolgenden Regelungen ersetzt:

**Haftung von PKF**

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist der Anspruch des Auftraggebers aus dem zwischen ihm und PKF bestehenden Vertragsverhältnis auf Ersatz eines einfach fahrlässig verursachten Schadens, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, gemäß § 52 Abs. 1 Nr. 2 BRAO auf 10 Mio. EUR beschränkt. Gleiches gilt für Ansprüche, die Dritte aus oder im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis gegenüber PKF geltend machen.

(3) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit PKF bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer einfach fahrlässigen Pflichtverletzung durch PKF her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(4) Der Höchstbetrag nach Abs. 2 bezieht sich auf einen einzelnen Schadensfall. Ein einzelner Schadensfall ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann PKF nur bis zur Höhe von 12,5 Mio. EUR in Anspruch genommen werden.

(5) Ein Schadenersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der in Textform erklärten Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadenersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

(6) § 323 HGB bleibt von den Regelungen in Abs. 2 bis 5 unberührt.